

## 2. Hegemonie und integrale Ökonomie

Die diskursanalytische Hegemonietheorie  
als integrierende Matrix

---

### 2.1 LACLAUS UND MOUFFES »POSTMARXISMUS«: VIER VERSCHIEBUNGEN IN DER DEBATTE

Wurden im vorangegangenen Kapitel vier sozialwissenschaftliche Ansätze zur Erklärung des Problemkomplexes Prekarisierung vorgestellt, so soll es nun darum gehen, diese Ansätze – deren wechselseitige Affinität bereits mehrfach herausgestrichen wurde – auf eine integrale Theoriematrix zu übertragen, die den theoretischen und methodologischen Erklärungshintergrund für unsere weiteren Analysen der aktuellen Prekarisierungsproteste bilden soll. Ein solcher Integrationsversuch wäre bei allzu heterogenen sozialwissenschaftlichen Ansätzen wohl aussichtslos. Wenn dieser Versuch im Fall der ökonomischen Regulationstheorie, der an Foucault anschließenden Gouvernamentalitätsstudien, des italienischen Postoperaismus und der pragmatischen Soziologie hingegen erfolgversprechend ist, dann vor allem aus folgendem Grund: Alle genannten Ansätze schreiben sich einem gemeinsamen Paradigma ein, das als *Postmarxismus* bezeichnet werden kann. Das heißt, alle vier Ansätze gehen – freilich in unterschiedlichem Ausmaß – erstens von der historischen Erfahrung der Desintegration des Theoriehorizonts des Marxismus aus und wenden sich zweitens von substantialistischen Sozialontologien ab, bzw. einem *radikalen Relationismus* zu, wie er untrennbar mit Eigennamen wie Althusser, Foucault und Bourdieu verbunden ist. In unterschiedlichem Ausmaß entwickelten alle vier Ansätze ihren Relationismus, der ja nebenbei gesagt bereits bei Marx selbst in nuce erkennbar war (worauf die Althusserianer abhoben), aus dem Strukturalismus, der nun aber um die grundlegende Bestimmung der *Kontingenz* radikalisiert wurde. Die Radikalisierung des Relationismus um das Merkmal der Kontingenz erlaubt diesen Ansätzen, traditionellere marxistische Vorstellungen eines unidirektionalen Determinationsverhältnisses zwischen ökonomischer Basis und politisch-ideologischem Überbau zu überwinden. Das Soziale wird nun nicht mehr im Sinne eines topographischen Ebenenmodells konzipiert, sondern als

ein von Relationsverhältnissen kontingent strukturierter Teilbereich,<sup>1</sup> der nicht länger klar von einem Raum bzw. einer Ebene »der Ökonomie« unterschieden werden kann.

Die übereinstimmende Diagnose eines Merkmalkatalogs der Dislozierung vormals stabiler (oder stabil erachteter) Verhältnisse, den wir abkürzend in der Kategorie der *Prekarisierungsgesellschaft* gebündelt haben, basiert also auf dem theoretischen Modell eines relationalen, nicht-determinierten sozialen Raumes. Allen vier Ansätzen wird die Trennungslinie zwischen Ökonomie und Politik/Ideologie/Staat/Gesellschaft brüchig. Daher darf die heuristische Differenzierung zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise oder zwischen Kapitalismus und »Geist« des Kapitalismus nicht länger im Lichte der klassischen Basis/Überbau-Dichotomie gelesen werden. So ist der »Geist des Kapitalismus« für Boltanski/Chiapello (2003: 65) schon deshalb *kein Überbau*, der die kapitalistische Akkumulation auf direkte Weise legitimieren würde, weil die dort verhandelten Legitimationen und mobilisierenden Wertestrukturen die Akkumulation durchaus *hemmen* können, sofern Gewinn und Bereicherung keineswegs unter allen Umständen als legitim gelten. Kapitalistische Akkumulation wird notwendigerweise durch normative Strukturen (oder in der Regulationstheorie: durch eine Regulationsweise bzw. ein gesellschaftliches Paradigma) überformt, die sie befördern und zugleich behindern können. Auch die vielfach diagnostizierte Aufhebung der Trennung von produktiven und reproduktiven Tätigkeiten, von öffentlich und privat, trägt nicht nur zur Diffusion der »Fabrik« in die Gesellschaft (bzw. bei Foucault: in die Subjektivierungsformen), sondern auch zur Diffusion politischer Kämpfe in die Ökonomie bei. Denn unter den Prämissen einer *fabbrica diffusa* macht es keinen Sinn, den politischen Kampf auf einen ontologisch privilegierten Ort (die Fabrik) oder eine ontologisch privilegierte Ebene des Sozialen (die ökonomische »Basis«) zu beschränken, denn wenn »die Fabrik« das Soziale in seiner Gesamtheit zu infiltrieren beginnt, müssen auch die sozialen Kämpfe auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet werden (wo sie nicht diese Infiltration gerade selbst betrieben haben). Ebenso wenig wird sich verhindern lassen, dass Normen und Normalitätsvorstellungen, die vormals dem »ideologischen Überbau« zugerechnet worden wären, in den Bereich der Ökonomie einsickern. Kurzum, das Ökonomische herrscht nicht einfach über die Gesellschaft, sondern der Kapitalismus muss »Formen bieten, die mit

---

**1** | Wobei, es muss ein weiteres mal betont werden, kontingent hier keineswegs mit »beliebig« verwechselt werden darf. Kontingent bedeutet, dass die Verbindungen zwischen Elementen auch anders hätten geknüpft werden können, dass sie also durch keine ihnen äußerliche oder zugrunde liegende Instanz determiniert werden. Das heißt aber nicht, dass alle Verknüpfungen gleichermaßen wahrscheinlich oder möglich wären, da jede Verknüpfung auf einem durch ungleiche Machtverhältnisse verformten Terrain stattfindet und niemals auf Basis einer tabula rasa.

dem Stand der sozialen Welt, in die er eingebunden ist, und mit den Wünschen derjenigen Mitglieder der Gesellschaft kompatibel sind, die ihre Stimme mit dem größten Nachdruck erheben« (Boltanski/Chiapello 2003: 215), habe er doch unter anderem deshalb überdauert, weil er sich »auf eine Reihe von handlungsanleitenden Vorstellungen und gängigen Rechtfertigungsmodellen stützen konnte, durch die er als eine annehmbare oder sogar wünschenswerte, allein mögliche bzw. als beste aller möglichen Ordnungen erschien« (46).

Dafür gibt es einen einschlägigen postmarxistischen Begriff, der allerdings über den engen weberianischen Begriff der Legitimation, der für die pragmatische Soziologie maßgeblich ist, hinausführt: Antonio Gramscis Begriff der Hegemonie.<sup>2</sup> Darunter lässt sich im klassischen Sinne ein Verhältnis der Sicherung massenhaften Konsenses und freiwilliger Zustimmung zu einer bestimmten sozialen Formation verstehen, die von einem Bündnis unterschiedlicher Klassen und/oder Klassenfraktionen getragen wird. Die Begriffe »Konsens« und »freiwillige Zustimmung« deuten schon darauf, dass bloßer Zwang zur Absicherung einer hegemonialen Formation nicht ausreicht. Diese Annahme wird von den vier besprochenen Ansätzen geteilt, selbst wo der Bezug auf Gramsci nicht explizit wird. So beschreibt Foucault, um nur ein Beispiel zu geben, kaum etwas anderes als den Effekt von Hegemonie (ohne den Begriff zu verwenden oder gar auszutheorisieren), wenn er das Einschwenken der deutschen Sozialdemokratie auf den ordoliberalen Konsens der »sozialen Marktwirtschaft« beschreibt, wie er am Godesberger Kongress von 1959 abgesegnet wurde (Foucault 2006: 128-133). Dabei hatte es sich, wie Foucault betont, nicht einfach um einen Verrat am Forderungskatalog der marxistischen Parteitradition gehandelt, sondern um die »Annahme dessen, was sich schon als wirtschaftlich-politischer Konsens des deutschen Liberalismus vollzogen hatte« (132). Die Selbsteingliederung in einen breiteren Konsens (bzw. aus Perspektive der hegemonialen liberalen Seite: die Transformation dissensualer Politiken in den eigenen Konsens) ist aber immer Effekt und bestimmendes Merkmal von Hegemonie. Es wird im Folgenden darum gehen, dieses Konzept, das dem Theorieansatz von Foucault

**2** | Unter anderem würde sich ein gramscianisches Verständnis von Hegemonie von einem eng gefaßten von Legitimation darin unterscheiden, dass Rechtfertigungsmodelle in das heterogene Ensemble des Alltagsverstands (*senso comune*) eingegangen sind und nicht notwendigerweise, wie Boltanski und Chiapello (2003: 46) annehmen, »auf einer hinreichend soliden Argumentation beruhen« müssen – denn, so deren Vermutung: »Nur so können sie von einer ausreichend großen Zahl von Menschen als selbstverständlich hingenommen werden und Verzweiflung oder Nihilismus begrenzen bzw. überwinden«. Diese Annahme besitzt zwar den auch für unseren Ansatz noch produktiv zu machenden Vorteil, die Spezialdiskurse der politischen Theorie auf solche Rechtfertigungsmodelle hin befragen zu können. Dabei liegt aber wiederum die Gefahr nahe, den Alltagsverstand und die Alltagsdiskurse des *ordinary life* unbefragt zu lassen.

und Boltanski/Chiapello implizit ist und von der Regulationstheorie und (gelegentlich) dem Postoperatismus explizit gemacht wird, für die konkrete Analyse der Prekarisierungsgesellschaft fruchtbar zu machen, ohne dabei die Fäden, die von unserer Diskussion unterschiedlicher Erklärungsansatz bereits gesponnen wurden, aus den Fingern zu verlieren. Die von Laclau und Mouffe entwickelte poststrukturalistische und diskursanalytische Weiterführung der Hegemonietheorie Gramscis bietet sich dazu als Integrationsmatrix an, da sie mit den vier besprochenen Ansätzen den radikalen Relationismus, die Betonung der Bedeutung sozialer Kämpfe wie auch die Überwindung der strikten Trennung zwischen Ökonomie und Gesellschaft gemeinsam hat.

Gehen wir aber von der Hegemonietheorie in ihrer ursprünglichen Formulierung durch Antonio Gramsci aus. Gramsci übernimmt den Begriff der Hegemonie aus dem Vokabular der russischen Sozialdemokratie, wo er ein rein äußerliches Bündnis zwischen Klassen unter der Führung der Arbeiterklasse bezeichnet, das insofern einem Nullsummenspiel gleichkommt, als die in eine Allianz eintretenden Klassen ihre Identität unabhängig von dieser Allianz beibehalten. Zum »gramscianischen Wendepunkt« kommt es, wie Laclau und Mouffe darlegen (1991: 109), sobald Gramsci das Konzept hegemonialer Verknüpfung über das eines rein manipulativen Klassenbündnisses hinaus erweitert. Eine hegemoniale Allianz besteht nun nicht aus Klassen, deren Identität immer schon vorgeben ist, sondern diese Identität muss politisch konstruiert werden. Gramsci spricht diesbezüglich von der Notwendigkeit der Konstruktion eines *kollektiven Willens*, der eine Vielzahl von Positionen zu einem gemeinsamen politischen Projekt artikuliert, das sich keineswegs automatisch aus deren Klassenzugehörigkeit ergibt. Hegemonie bezeichnet diesen politisch-ideologischen Artikulationsprozess. Es handelt sich folglich um ein *Verhältnis* von heterogenen Elementen, das über den Aufbau eines »Kollektivwillens« auf dem Terrain der Zivilgesellschaft artikuliert wird. Unter Zivilgesellschaft versteht Gramsci jenen dem Staat im engeren Sinn vorgelagerten Bereich »privater« Organisationen, die nicht direkt unter Verwaltung des Staates stehen, also z.B. Erziehungsinstitutionen, Universitäten, die Massenmedien, private Vereine und selbst Gewerkschaften. In den entwickelten Staaten des Westens hatte sich die Zivilgesellschaft, wie Gramsci anmerkt, zu einer sehr komplexen Struktur entwickelt, die gegenüber ökonomischen Krisen und Depressionen genauso widerstandsfähig war wie gegenüber politischen Revolutionsversuchen: »Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und galertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand« (Gramsci 1991ff.: 874). An anderer Stelle (1589) vergleicht Gramsci die Zivilgesellschaft mit den Grabensystemen des ersten Weltkriegs. Das Terrain,

auf dem die hegemoniale Auseinandersetzung geführt wird, muss als ein hochgradig in sich verkeiltes, komplexes System zivilgesellschaftlicher Institutionen vorgestellt werden. Der Kampf innerhalb dieses Systems wurde von Gramsci, immer noch in Anlehnung an das Bild der Grabenkämpfe des ersten Weltkriegs, metaphorisch als *Stellungskrieg* bezeichnet. Im Unterschied zum *Bewegungskrieg* übernimmt eine politische Kraft im Fall des Stellungskriegs nicht mit wehenden Fahnen die Staatsmacht, sondern kämpft sich gleichsam von Graben zu Graben vor, wobei aus der Innenperspektive des Grabensystems oft unklar bleibt, wo überhaupt die Frontlinie verläuft. Die Komplexität und Unübersichtlichkeit dieses Terrains impliziert, dass große Spielräume für politische Strategie und Taktik bleiben.

Gramscis Betonung der Funktion der Zivilgesellschaft verleitet ihn gewiss nicht dazu, die Rolle des Staates im herkömmlichen Verständnis zu unterschätzen. Durch die analytische Trennung von ziviler Gesellschaft einerseits und »politischer Gesellschaft« (der Staat im herkömmlichen Sinn: Regierung, Justiz, Polizei, Militär) andererseits gelingt es ihm die beiden Funktionen von Hegemonie und Zwang sowohl zu differenzieren als auch unter dem gemeinsamen Dach eines »erweiterten« oder »integralen Staates« zu verbinden. Die einschlägige Formel lautet: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang« (783). Eine hegemoniale Allianz kann ihre Herrschaft auf Dauer nur sichern, wenn sie sich auf beide Aspekte – Zwang, ausgeübt durch die »politische Gesellschaft«, und Hegemonie, ausgeübt in der »Zivilgesellschaft« – stützen kann. Dabei ist die auf dem Terrain der Zivilgesellschaft ausgeübte Hegemonie, im Unterschied zum staatlichen Zwang, charakterisiert durch das Bemühen, einen Zustand des allgemeinen *Konsenses* und der *freiwilligen* und eben nicht erzwungenen *Zustimmung* zum eigenen hegemonialen Projekt zu erzielen. Unter dieser Perspektive ist Hegemonie der Name für die Organisation von Zustimmung. Die Zwangsmittel der »politischen« Staatsapparate sind nicht zureichend für dauerhafte Herrschaft, muss doch die freiwillige Zustimmung zu einem gegebenen Status quo auch in den Köpfen des Personals dieser Zwangsapparate hergestellt werden.<sup>3</sup> Herrschaft kann nur als gesichert gelten, solange die beiden Seiten »des Zwangs und des Konsenses, der Autorität und der Hegemonie, der Gewalt und der Kultur« (1553) integriert sind.

---

**3** | Sobald der Konsens auf breiter Front zerrüttet ist und auch Polizei und Militär erfasst hat, kann es – scheinbar plötzlich – ohne weiteres dazu kommen, dass im Moment einer populären Erhebung das Personal der Zwangsapparate seine Posten verlässt und zu den Aufständischen überläuft, womit das Schicksal jedes Regimes besiegelt ist. Dem Verlust der Herrschaft über die politische Gesellschaft geht folglich der Verlust der Hegemonie in der Zivilgesellschaft voraus.

Hegemonie besteht im engeren Sinn also in der Erzeugung eines Konsenses und freiwilliger Zustimmung auf dem komplexen Terrain der Zivilgesellschaft – und zwar durch Strategien der *moralischen und intellektuellen Führung* (*direzione*). Es geht somit nicht allein um *politische* Führung innerhalb einer Klassenallianz, sondern es geht um ideologische Überzeugung und »Erziehung«, nicht zuletzt um Hegemonie als »pädagogisches Verhältnis« (vgl. Sternfeld 2009). Anders gesagt, es geht jeder hegemonialen Anstrengung um die Reartikulation kultureller Vorstellungsmuster in Richtung eines neuen oder zum Zwecke der Beibehaltung eines bestehenden Konsenses. Als das »Medium« oder, wenn man so will, das »Rohmaterial« dieser Anstrengung fungiert der *Alltagsverstands* (*senso comune*) der Menschen. Ihn zeichnet zuallererst eine grundsätzliche Inkohärenz und »heteroklite« Natur aus, was ihn von der Philosophie unterscheidet und mit der Religion verbindet. Im Alltagsverstand finden sich »Elemente des Höhlenmenschen und Prinzipien der modernsten und fortgeschrittensten Wissenschaft, Vorurteile aller vergangenen, lokal bornierten geschichtlichen Phasen und Intuitionen einer künftigen Philosophie, wie sie einem weltweit vereinten Menschengeschlecht zueigen sein wird« (Gramsci 1991ff.: 1376). Aufgrund seines inkohärenten Charakters ist der Alltagsverstand reaktiver wie progressiven Artikulationen gegenüber offen. Hegemonie ist u.a. der Kampf um die Aktivierung bestimmter Elemente des Alltagsverstands, ihre Verknüpfung mit dem eigenen hegemonialen Projekt, und um die Desaktivierung anderer. Der hegemoniale Stellungskrieg findet also wesentlich auf dieser kulturellen Ebene des Alltagsverstands und um den Alltagsverstand statt. Hier entscheidet sich, ob eine bestimmte Version des Konsenses mit dem Anschein von Plausibilität ausgestattet werden kann. Gelingt das, so wird sie zur »organischen Ideologie«, die unterschiedliche Klassen und Strata der Bevölkerung wie durch Zement aneinander bindet. Das Ergebnis ist, in Gramscis Terminologie, ein »historischer Block« oder, in moderner Terminologie, eine *hegemoniale Formation*. Diese umschließt sowohl die ökonomische Basis als auch den sogenannten Überbau, womit sich Gramsci vom ökonomischen Determinismus der Orthodoxie weit entfernt hat und Erkenntnisse der Regulationstheorie vorwegnimmt. Denn eine Gesellschaftsformation wird nicht etwa durch ökonomische Gesetze vereinheitlicht, sondern durch die Konstruktion eines »Kollektivwillens«, der sich zu einem historischen Block verallgemeinert. Und genauso wie ein Kollektivwille die korporative Identität einer einzigen Klasse oder Klassenfraktion übersteigt, so geht Gramscis Konzept von Ideologie als dem »Zement« eines »historischen Blocks«, in welchem Institutionen und Apparate zu einem organischen Ganzen artikuliert sind, über die traditionelle Basis/Überbau-Unterscheidung hinaus in Richtung einer Theorie hegemonialer Artikulation im Medium der Zivilgesellschaft und des Alltagsverstands.

Mit ihrem 1985 erschienenen und 1991 ins Deutsche übersetzten Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* erweiterten und aktualisierten Ernesto Laclau

und Chantal Mouffe die Hegemonietheorie Gramscis in vielerlei Hinsicht.<sup>4</sup> Sie selbst bezeichnen ihr Projekt als Postmarxismus. Was genau hat man sich unter diesem Titel vorzustellen? Seit den 1980er Jahren wird der Begriff Postmarxismus in keiner genau geregelten Weise verwendet und beschreibt mehr eine Tendenz als eine Schule. Lechte (1994: 175-200) fasst unter der Eintragung Postmarxismus aus so unterschiedlichen Traditionen stammende PhilosophInnen wie Theodor Adorno, Hannah Arendt, Jürgen Habermas, Ernesto Laclau und Alain Touraine zusammen. Selbst der aus dem amerikanischen Pragmatismus schöpfende Cornel West bezeichnet seine Arbeit gelegentlich als postmarxistisch. Neben dieser losen Verwendung des Begriffs Postmarxismus wurde der Begriff als programmatischer Titel von Laclau und Mouffe eingeführt. Ihr Postmarxismus unterscheidet sich von einem Ex-Marxismus, sofern der Bruch mit dem Marxismus auf bestimmte, vor allem ökonomistische Traditionslinien beschränkt bleibt – historisch beginnend mit der zweiten und dritten Internationale bis hin zu den verschiedenen gegenwärtigen Engführungen wie z.B. jenen der ökonomistischen Wertkritik. Worin somit Laclau und Mouffe mit ihrer postmarxistischen Aufnahme und Radikalisierung der Ökonomismuskritik Gramscis brechen, ist nicht »der Marxismus«, der ohnehin nur als abstrakter Allgemeinbegriff existiert (Marchart 2009), sondern bestimmte metaphysische Engführungen innerhalb des marxistischen Traditionszusammenhangs.

Dabei argumentieren sie aus einer ambivalenten Position heraus, die gleichermaßen innerhalb wie außerhalb des Marxismus lokalisiert ist. So findet die von ihnen angestrebte Dekonstruktion des Marxismus im doppelten Modus der Destruktion *und* Konstruktion statt: die Totalitäts- und Determinationsvorstellung des Marxismus wird destruiert, während das Soziale und die Politik als diskursive Räume neu konzeptualisiert und damit hegemonialer Artikulation aufgeschlossen werden. Laclau und Mouffe betonen diese Doppelgesichtigkeit des Namens Post-Marxismus: »Wenn jedoch unser intellektuelles Projekt in diesem Buch *post-marxistisch* ist, dann ist es augenscheinlich ebenso *post-marxistisch*« (Laclau/Mouffe 1991: 37). Die Betonung dieses Chiasmus unterscheidet Postmarxisten von Ex-Marxisten und ermöglicht eine Reihe produktiver theoretischer und politischer Verschiebungen der marxistischen Debatte. Hinsichtlich unserer Leitfrage nach der hegemonialen Formation der Prekarisierungsgesellschaft sei auf zumindest vier dieser Verschiebungen innerhalb der marxistischen und, allgemeiner, sozialwissenschaftlichen

---

4 | Unter anderem wirkte ihre diskurstheoretische Reformulierung des Ansatzes Gramscis weit hinein in Demokratietheorie, *New Social Movement*-Forschung und Regulationstheorie (Scherrer 1995).

Debatte hingewiesen, die mit *Hegemonie und radikale Demokratie* angestoßen wurden.<sup>5</sup>

Erstens kommt es über die Stärkung der gramscianischen Tradition innerhalb des Marxismus zu einer Schwächung marxistischer Determinismen. So kritisieren Laclau und Mouffe im politisch-historischen Teil von *Hegemonie und radikale Demokratie* am Marxismus vor allem der zweiten und der dritten Internationale dessen Totalitätsanspruch, Klassenreduktionismus, Revolutionismus, sowie dessen historischen und ökonomistischen Determinismus. Kritisiert werden also jene Marxismen, die den Anspruch erheben, die Totalität der gesellschaftlichen Phänomene zu erklären, indem sie letztere auf ökonomische Basisprozesse zurückführen (ökonomischer Determinismus) bzw. einer historischen Teleologie einschreiben (im Sinne eherner »Gesetze der Geschichte«), der zufolge eine einzige Klasse aufgrund ihrer ökonomischen Position dazu bestimmt sei (Klassenreduktionismus), die Menschheit qua Revolution ein für allemal zu befreien (Revolutionismus). Es mag eingewandt werden, dass jene kruden Reduktionismen, die »Überbauphänomene« – darunter das Politische – als reine Widerspiegelungen ökonomischer Interessen gemäß der Stellung der Akteure im Produktionsprozess deuten, nicht dekonstruiert werden müssten, da sie kaum noch vertreten werden. Doch Laclau und Mouffe machen einen ähnlichen Reduktionismus auch im aktuelleren strukturalen Marxismus Louis Althusser's aus, dem Ökonomie nur mehr in jenem Ausmaß als Determinante gilt, in dem sie einer gegebenenfalls außerökonomischen Instanz die Funktion der Dominante zuweist. Obwohl diese Theorie selbst als Kritik des klassischen Ökonomismus und der Hegel'schen expressiven Kausalität auftritt, breche die bloße Verschiebung der Determination ins letzte Glied noch keineswegs vollständig mit den reduktionistischen Annahmen älterer Modelle. Erst ein erweitertes Hegemoniekonzept erlaube es, Laclau und Mouffe zufolge, die strenge topographische Ebenenunterscheidung zwischen Basis und Überbau zu unterlaufen. Hegemonie wird zum zentralen Konzept einer Gesellschaftstheorie, der ihr Gegenstand – »Gesellschaft« als objektive Totalität – abhanden gekommen ist, weshalb sie nun die kontingenten politischen Bemühungen um die partielle Konstruktion von Gesellschaftseffekten beschreiben muss (vgl. Marchart 2013b). So verfolgen Laclau und Mouffe in Kapitel I und II ihres Buches die Genealogie des Hegemoniebegriffs von der russischen Sozialdemokratie bis zu Gramsci, um in Kapitel III ihre eigene Hegemonietheorie zu entwickeln. Hegemonie, nunmehr konzeptualisiert als Logik des Politischen, lässt sich nicht länger auf ein bestimmtes Feld oder eine Ebene von Gesellschaft reduzieren, sondern wird verstanden als strategisches Terrain hegemonialer Artikulation,

**5** | Als eine weitere Verschiebung kann der Import poststrukturalistischer Theorien in die marxistische Debatte bzw. – umgekehrt – die hegemonietheoretische Politisierung des Poststrukturalismus gewertet werden (s. dazu Critchley/Marchart 2004).

das alle Bereiche der Zivilgesellschaft, der Ökonomie wie auch des Staates im engeren Sinne umfasst.

Zweitens, und daran anschließend, wird die privilegierte Rolle der Ökonomie im Marxismus durch den *discursive turn* dekonstruiert, der von Laclau und Mouffe innerhalb der marxistischen Debatte angestoßen wurde. Das Soziale gilt nun als gleichumfänglich mit dem Diskursiven, Gesellschaftstheorie wird zu Diskurstheorie, politische Analyse zu Diskursanalyse (und umgekehrt). Dahinter verbirgt sich keineswegs ein weiterer Reduktionismus, denn Diskurs bei Laclau und Mouffe – ähnlich wie das Konzept des Dispositivs bei Foucault – ist kein bloßer Teil des ideologischen Überbaus, sondern umfasst sowohl linguistische wie nicht-linguistische Praxen, inklusive ihrer Verfestigung in soziale Institutionen, Strukturen und Funktionen. Diskurs – und darin eingeschlossen: Macht – ist deshalb nicht länger als eine »Ebene« sozialer Wirklichkeit zu verstehen, sondern wird zum eigentlichen »Medium«, worin gesellschaftliche Wirklichkeit verhandelt und fixiert wird. Auf diese Weise erheben Laclau und Mouffe den Hegemoniebegriff Gramscis nicht nur zum Schlüsselkonzept einer allgemeinen Sozialtheorie, sondern operationalisieren Hegemonie zugleich diskursanalytisch. Das bringt weder Ökonomie noch Staat zum Verschwinden, wie von traditionsmarxistischer wie regulationstheoretischer Seite gelegentlich unterstellt; es erzwingt allerdings die theoretische Rekonzeptualisierung von Ökonomie und Staat als Schnittmengen einer Vielzahl von Diskursen (Rechnungs-Diskursen, Informations-Diskursen, Autoritäts-Diskursen, technischen Diskursen), die jene traditionellen Unterscheidungen von Basis und Überbau wie auch von Staat und Gesellschaft durchkreuzen, ja quer zu ihnen liegen. Schließlich wird das Phantasma von ökonomischen Zwangsgesetzen endgültig verabschiedet, denn wenn Ökonomie (und dasselbe gilt für den Staat im engen Sinn), letztlich wie jede andere »Sphäre« der Gesellschaft diskursiv strukturiert ist, dann wird auch sie zum Terrain politischer und mithin hegemonialer (Re-) Artikulation. Die Konsequenzen für Gesellschaftstheorie in der marxistischen Tradition, das soll nochmals hervorgehoben werden, sind dramatisch. Da für Laclau und Mouffe das Diskursive eben immer hegemonial geformt wird, da es also keinen Diskurs gibt, der nicht zugleich Ausdruck hegemonialer Artikulation wäre, bleibt Hegemonie der Name für die jetzt *diskurstheoretisch* zu fassende operative Logik des Politischen und werden Hegemonietheorie, Diskurstheorie und Gesellschaftstheorie auch reformulierbar im Sinne einer allgemeinen Theorie des Politischen (Mouffe 2005, Marchart 2010b). Die genaueren Umrisse der hegemonietheoretischen Diskurstheorie werden in Kapitel 3 nachgezeichnet.

Drittens führt die Kritik am Klassenreduktionismus orthodoxer Marxismen zu einer neuen Sensibilität gegenüber politischen Kämpfen, die nicht aus den scheinbar objektiven Bedingungen der Klassenlage ableitbar sind. Wenn das Politische auf keiner tieferen Instanz gegründet ist, wenn es – umgekehrt –

konstitutiv in bezug auf das Soziale ist, dann wird kein einziger sozialer Akteur eine »ontologisch« privilegierte Rolle in der Gesellschaft in Anspruch nehmen können. Als politischer Akteur verliert »Klasse« ihr ontologisches Privileg gegenüber anderen Akteuren.<sup>6</sup> Stattdessen sind wir mit einer potentiell endlosen Kette sozialer Akteure konfrontiert, die ihre Identitäten – wie Geschlechtsidentität, »Ethnizität« oder sexuelle Orientierung – nicht notwendigerweise um einen Klassenkern artikulieren. War es in der marxistischen Linken Tradition, alle gesellschaftlichen Kämpfe ausschließlich unter der Perspektive ihres Klassencharakters zu beurteilen, so wurde es mit der Desintegration der Klassenparteien und dem vermehrten Auftreten eigensinniger Kämpfe politisch unmöglich, diese umstandslos auf Nebenwidersprüche zurückzuführen bzw. einem Hauptwiderspruch zu subsumieren:

Der unbefriedigende Begriff »neue soziale Bewegungen« faßt eine Reihe höchst unterschiedlicher Kämpfe zusammen: urbane, ökologische, anti-autoritäre, anti-institutionelle, feministische, anti-rassistische sowie ethnische, regionale oder sexuelle Minderheiten. Ihr gemeinsamer Nenner wäre ihre Unterscheidung von Arbeiterkämpfen als »Klassen«-kämpfen. Es ist sinnlos, auf der problematischen Natur dieses letzteren Begriffs zu bestehen: Er verschmelzt eine Reihe ganz unterschiedlicher Kämpfe auf der Ebene der Produktionsverhältnisse, die sich von den »neuen Antagonismen« dadurch unterscheiden, daß sie nur allzu deutlich das Beharren eines Diskurses enthüllen, der auf dem privilegierten Status der »Klassen« beruht. Was uns also bei diesen neuen sozialen Bewegungen interessiert, ist nicht die Vorstellung ihrer willkürlichen Zusammenfassung zu einer der Kategorie der Klasse entgegengesetzten Kategorie, sondern die *neue* Rolle, die sie in der Artikulation dieser schnellen Verbreitung sozialer Konfliktualität auf immer zahlreichere Verhältnisse spielen, die für fortgeschrittene Industriegesellschaften heute charakteristisch sind. (Laclau/Mouffe 1991: 219-20)

Die neuen sozialen Bewegungen sind darin neu, »daß sie neue Formen der Unterordnung in Frage stellen« (220). Während Laclau und Mouffe natürlich nicht die einzigen waren, die in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren das Phänomen der neuen sozialen Bewegungen »entdeckten«, waren sie doch sicherlich jene, die am präzisesten und schlüssigsten die Konsequenzen dieses Phänomens für ein gegenhegemoniales Projekt der Linken ausbuchstabierten. Denn mit dem Auftreten äußerst diverser Kämpfe wurde die Notwendigkeit und zugleich Schwierigkeit deutlich, sie einer gemeinsamen gegenhegemonialen Artikulation zuzuführen, ohne der einen oder anderen Gruppe ein ontologisch abgesichertes Führungsprivileg zuzugestehen. Laclau und Mouffe be-

---

**6** | Zugleich verliert die Partei ihr epistemologisches Privileg als Akteur, der um die »Gesetze der Geschichte« weiß, in denen sich das ontologische Privileg der Klasse niederschlug.

gegneten dieser Schwierigkeit, indem sie im letzten Kapitel ihres Buches das Projekt einer »radikalen und pluralen Demokratie« vorschlugen. In Kapitel 4 und im Fazit werde ich im Rahmen der Diskussion postidentitärer sozialer Bewegungen darauf zurückkommen.

Viertens wird also unter dem Titel einer radikalen und pluralen Demokratie ein gegenhegemoniales emanzipatorisches Projekt formuliert. »Radikal« wird dieses Projekt genannt, weil eines seiner Ziele in der Ausweitung egalitärer Verhältnisse auf immer weitere Arenen des sozialen Lebens besteht. »Plural« wird es genannt, weil die relative Autonomie der Forderungen einzelner Gruppen akzeptiert und zu einer breiteren gemeinsamen Bewegung – zu einer Äquivalenzkette – artikuliert werden muss. Als »demokratisch« schließlich kann das Projekt gelten, weil »die Umwandlung der liberal-demokratischen Ideologie zum ›common sense‹ westlicher Gesellschaften die Grundlage für diese immer weiter gehende Herausforderung des hierarchischen Prinzips bildete, die Tocqueville ›Angleichung der Bedingungen‹ nannte« (220). Seit der von Claude Lefort (1990) im Anschluss an Tocqueville so bezeichneten *demokratischen Revolution* hat sich der Diskurs der Demokratie zu einem unübersteigbaren imaginären Horizont erweitert, an den neu auftretende emanzipative Projekte anschließen können und müssen, wollen sie hegemoniefähig sein. Von diesem Punkt aus wird Chantal Mouffe in einer Reihe von Büchern (vgl. Mouffe 1992, 2008) das Projekt radikaler Demokratie im Verhältnis zum politischen Liberalismus weiterentwickeln, während Ernesto Laclau (2002) in die Debatte um radikale Demokratie mit einer Reflexion auf die Geschichte und Theorie der Emanzipation sowie auf das Verhältnis zwischen Partikularismus und Universalismus eingreifen wird. Die demokratietheoretischen Implikationen sozialer Bewegungen werde ich im Schlusskapitel sichtbar zu machen versuchen.

Wie leicht zu sehen ist, verweisen die vier erwähnten Verschiebungen aufeinander. Weder wäre ein klassistischer und ökonomistischer Marxismus in der Lage, das Auftreten neuer sozialer Bewegungen analytisch zu fassen, noch würde ein gegenhegemoniales Projekt auf Basis einer klassenreduktionistischen Politik heute irgendeine Aussicht auf Erfolg haben. Schließlich gibt uns die diskurstheoretische Reformulierung der Hegemonietheorie Gramscis die analytischen Instrumente an die Hand, um hegemoniale Formationen angemessen beschreiben zu können, denn als Diskurstheorie geht sie weder von überkommenen Ebenenunterscheidungen noch von der essentialistischen Annahme präkonstituierter politischer Subjekte aus, ist doch die Identität dieser Subjekte so wie die Struktur hegemonialer Formationen selbst Produkt diskursiver Artikulation, nicht umgekehrt. Damit geht es nun aber darum, die Konstitution sozialer Akteure und politischer Projekte im Medium des Diskurses zu verfolgen und nicht etwa aus scheinbar objektiven, außer-diskursiven Bedingungen abzuleiten.

## 2.2 JENSEITS DES TOPOGRAPHISCHEN MODELLS VON GESELLSCHAFT: INTEGRALE ÖKONOMIE UND INTEGRALE POLITIK

Nun wurde Laclau und Mouffe gelegentlich vorgeworfen, ihr postmarxistischer Ansatz würde über das Ziel einer Dekonstruktion des Primats der Ökonomie hinausschießen und Ökonomie überhaupt ignorieren. Obwohl die Hegemonietheorie in der Tradition der Essex-School zumeist tatsächlich eher an politischen Diskursen im engeren Sinn interessiert ist, hängen solche Vorwürfe einem überkommenen Verständnis von Ökonomie an. Denn die Vorstellung, Ökonomie sei ein »selbst-regulierter, endogenen Gesetzen unterworfenen Raum« (Laclau/Mouffe 1991: 134), ist mit den Prämissen der Diskurstheorie unvereinbar. Das Objekt »Ökonomie« muss anders gefasst werden, wenn es durch keine endogenen Gesetze definiert wird. Zum ersten ist der Raum der Ökonomie, so befremdlich dies aus ökonomistischer Perspektive klingen mag, genauso diskursiv verfasst wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche (wir werden noch sehen, was dies im Genaueren bedeutet), zum anderen vertreten Laclau und Mouffe die mit der Regulationstheorie – wie auch mit den drei weiteren, im vorangegangenen Kapitel diskutierten Ansätzen – durchaus kompatible Überzeugung, »daß der Raum der Ökonomie selbst als ein politischer Raum strukturiert ist und daß in ihm wie auf jeder anderen ›Ebene‹ der Gesellschaft jene Praktiken, die wir als hegemonial gekennzeichnet haben, voll wirksam sind« (123). Dies zeige sich schon daran, dass Arbeitskraft keineswegs nur eine Ware sei, die man kauft und verkauft; Arbeitskraft müsse – dies eine an Boltanskis und Chiapellos Ausgangsannahme erinnernde Einsicht – *aktiviert* werden. Der Arbeitsprozess sei daher notwendigerweise in Herrschaftsverhältnisse eingliedert, weshalb kapitalistische Arbeitsorganisation beides sein muss: »eine Technik der Produktion und eine Technik der Herrschaft« (126). Indem etwa der Taylorismus Arbeit durch die Trennung von Planung und Ausführung entqualifiziert, gibt er sich als Mittel der Beherrschung der Arbeiter und der Kontrolle des Arbeitsprozesses zu erkennen. Zum Zwecke der Entwicklung der Produktivkräfte bestand also für die Kapitalisten die Notwendigkeit, ihre »Herrschaft mitten im Herzen des Arbeitsprozesses auszuüben« (125), weshalb der Arbeitsprozess als »Ort eines Kampfes« (126) verstanden werden müsse.

Damit beziehen sich Laclau und Mouffe explizit auf den Operaismus der 60er-Jahre (namentlich auf Tronti und auf Panzieri), der gezeigt habe, »wie die Kapitalentwicklung, weit davon entfernt, blind ihre Logik der Arbeiterklasse aufzuerlegen, dem Kampf der letzteren untergeordnet ist« (127).<sup>7</sup> Zusammen-

7 | Die den operaistischen Arbeiten gemeinsame Idee sei, so Laclau und Mouffe (1991: 127-8), »daß die spezifischen historischen Formen der kapitalistischen Kontrolle als Teil der allgemeinen sozialen Verhältnisse untersucht werden müssen, da die sich ver-

setzung und Herrschaftsformen des Kapitals wurden durch Arbeiterkämpfe zu Modifikationen gezwungen, so z.B. zum Übergang vom absoluten zum relativen Mehrwert aufgrund der durch Arbeiterkämpfe errungenen zeitlichen Begrenzung des Arbeitstags: »Arbeiterkämpfe, so verstanden, können offensichtlich nicht durch eine endogene Logik des Kapitalismus erklärt werden, da ihre starke Dynamik nicht unter die ›Warenform‹ der Arbeitskraft subsumiert werden kann« (128) (was in weiterer Folge auch die These von der Neutralität der Produktivkräfte hinfällig werden lässt). Auf der anderen Seite treiben die Kapitalstrategien, die auf die Arbeiterkämpfe antworten, durch z.B. Bildung eines dualen Arbeitsmarktes ihrerseits wiederum tiefe Spaltungen in die Arbeiterklasse. Deren Segmentierung ist das Resultat von Kämpfen, in denen nicht zuletzt die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen, z.B. durch ihre Exklusionspolitik gegenüber »ausländischen« Arbeitnehmern oder durch ihre langjährige Ignoranz gegenüber nicht dem Normalarbeitsverhältnis entsprechenden Formen prekärer Beschäftigung. Aufgrund ihrer inneren Heterogenität ist der traditionelle, letztlich am vorgeblich »objektiven« Kriterium der Stellung im Produktionsprozess gewonnene Begriff der »Arbeiterklasse« wenig hilfreich für eine Analyse hegemonialer Formationen. Und wenn die Arbeiterklasse nun tatsächlich »von einer Vielzahl schwach integrierter und häufig widersprüchlicher Subjektpositionen beherrscht wird« (132), dann wird es notwendig sein, »die Pluralität der verschiedenen und häufig sich widersprechenden Positionen zu analysieren und die Idee von einem vollkommen einheitlichen und homogenen Agenten der ›Arbeiterklasse‹ des klassischen Diskurses aufzugeben« (133).<sup>8</sup> Eine analoge Schlussfolgerung muss für den Begriff des Kapitalismus selbst gezogen werden, denn mit einer an die Regulationstheorie erinnernden Bewegung verweist Laclau auf die notwendig extraökonomischen Bedingungen kapitalistischer Akkumulation, die es unsinnig erscheinen lassen, von einem »kapitalistischen System« auszugehen, das nur oberflächliche Varianzen ausbildet, während es in seinem Wesenskern mit sich selbst identisch bleibt. Das veranlasst Laclau zu folgender Schlussfolgerung: *Es gibt keinen Kapitalismus. Es gibt nur kapitalistische Verhältnisse, die in hegemoniale Formationen eingebettet sind:*

---

ändernden Organisationsformen des Arbeitsprozesses nicht nur in der Form der Differenz zwischen absoluten und relativen Mehrwert verstanden werden können«.

**8** | Nicht allein aus analytischen Gründen, sondern auch aus politischen, wenn nämlich unter der Arbeiterklasse ein potentiell politisches Subjekt verstanden werden soll, sei dies dringend geboten: »Der Widerstand der Arbeiter gegen bestimmte Herrschaftsformen wird davon abhängen, welche Position sie innerhalb des Ensembles der sozialen Verhältnisse insgesamt besetzen, und nicht nur innerhalb der Produktionsverhältnisse« (Laclau/Mouffe 1991: 133).

The conditions of existence of capitalist accumulation are provided by a set of factors which correspond to complex balances of forces – partly economic, of course, but also political, institutional and ideological. [...] In that case, the myth of a separate and definable ›economic instance‹ must be abandoned. What exists is not an essentially homogeneous entity – the capitalist system – which merely allows for empirical and accidental variations in different historical and geographical contexts. Instead, there are global configurations – historical blocs, in the Gramscian sense – in which the »ideological«, »economic«, »political« and other elements are inextricably fused and can only be separated for analytical purposes. There is therefore no »capitalism«, but rather different forms of capitalist relations which form part of highly diverse structural complexes. (Laclau 1990: 25f.)

Laclau These – »there is no ›capitalism‹« – besitzt ein exaktes regulationstheoretisches Äquivalent in der nicht minder pointierten These von Lipietz: »Die ›kapitalistische Produktionsweise‹ existiert nicht« (Lipietz 1985: 18). Was existiert, das sind immer nur instabile (Un-)Gleichgewichtsverhältnisse zwischen Akkumulationsregimen und Regulationsweisen oder, wie Laclau und Mouffe sagen würden, zwischen dem Ökonomischen und dem Politischen, wobei keine *substantielle* Trennlinie zwischen den beiden Bereichen verläuft. Wo eine solche Trennung gemacht werden soll, kann man sich auf keine apriorisch gegebenen Merkmale der jeweiligen Sphäre berufen. Dies scheint mir die für Gesellschaftsanalyse entscheidende Schlussfolgerung nahezulegen, dass nur aus analytischen Gründen *dieselben Strukturen* jeweils *als* ökonomische oder *als* politische perspektivierbar sind. Je nach Erkenntnisinteresse wird die Analyse einer hegemonialen Formation dabei stärker auf deren ökonomische oder auf deren politische Artikulationen abheben. Die Trennung zwischen den beiden Ebenen kann also nur im theoretischen und analytischen Zugriff, d.h. diskursiv gezogen werden, so wie auch deren *Einheit* – entgegen den Annahmen des Ökonomismus – theoretisch und analytisch sehr wohl postuliert werden kann. Obwohl sich Laclau und Mouffe zu Fragen der Methodologie kaum äußern, wird diese Annahme durch folgendes Zitat, wie mir scheint, gestützt:

Die Alternative ist klar: Entweder findet die Trennung zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen auf einer außerdiskursiven Ebene statt, die sie a priori befestigt, oder aber diese Trennung ist das Resultat diskursiver Praxen, womit es nicht möglich wäre, sie a priori gegen jeden ihre Einheit konstruierenden Diskurs zu immunisieren. [...] Von daher kann man sagen: Das Ökonomische *ist* und *ist nicht* im Politischen präsent und umgekehrt; die Beziehung ist nicht eine buchstäblicher Differenzierungen, sondern instabiler Analogien zwischen beiden Begriffen. (Laclau/Mouffe 1991: 175)

Somit sind etwa die ökonomischen Verknüpfungen eines Ensembles an keinem gesellschaftstopographisch identifizierbaren »Ort« der hegemonialen For-

mation zu suchen, sondern erschließen sich nur aus der einem bestimmten Untersuchungsdesign geschuldeten Differenzierungsleistung, denn entscheidend am hegemonietheoretischen Zugang ist, dass sich der soziale Raum aus den eben angeführten Gründen nicht in substantiell oder funktionell vorgegebene Regionen oder gar Stockwerke – wie im Basis/Überbau-Modell – unterteilen lässt, ist das relationale Ensemble des Sozialen – selbst in dessen institutionellen (sei es staatlichen, sei es ökonomischen) Verdichtungen – doch als Produkt hegemonialer Auseinandersetzungen zu verstehen, die eine bestimmte hegemoniale Formation in ihrer Gesamtheit ausbilden, und das nicht nach dem Modell eines Baukastensystems. Je nachdem, ob eher die ökonomischen, die staatlich-institutionellen oder die politisch-bewegungstheoretischen Aspekte in einer Untersuchung in den Vordergrund rücken, wird sich der Blick auf den Untersuchungsgegenstand perspektivisch verschieben und diesen in Begriffen einer *integralen Ökonomie*, eines *integralen Staats* oder einer *integralen Politik* (einschließlich der Politik sozialer Proteste) analysieren. Doch entscheidend bleibt, dass von keiner im Sozialen selbst ontologisch oder empirisch vorgegebenen Unterscheidung ausgegangen werden darf: Weder gibt es *die* Ökonomie, noch *den* Staat, noch *die* sozialen Kämpfe als unterscheidbare soziale Tatsachen oder Regionen jenseits ihrer theoretisch-analytischen Artikulation als ebensolche. Aus diesem Grund stehen die in wesentlichen Punkten auf Gramsci zurückgehenden Ansätze der Regulationstheorie, des Postoperaismus, der Staatstheorie (in der Nachfolge von Poulantzas), der diskursanalytischen Hegemonietheorie und selbst der Cultural Studies in der Birmingham Tradition (Marchart 2008a) in einem potentiell produktiven Ergänzungsverhältnis zueinander.

Sollen die wesentlichen Thesen der im letzten Kapitel diskutierten Ansätze nun diskurstheoretisch reformuliert werden, so sind dabei ihre historischen und ihre analytischen Dimensionen auseinanderzuhalten. Die These, dass, wie vom Postoperaismus beobachtet, eine *fabbrica diffusa* entstanden sei, die im Postfordismus die ganze Gesellschaft umfasst, geht aus einer historischen Analyse hervor. Ohne Zweifel besitzt diese Analyse theoretische Implikationen, denn sie machte in den 1970er Jahren ein striktes innertheoretisches Festhalten an der traditionellen Basis/Überbau-Unterscheidung immer schwieriger, doch ist zu vermuten, dass die traditionsmarxistische Theorie einer Trennung zwischen determinierender ökonomischer Basis und politisch-ideologischem Überbau – und damit ein topographisches Ebenenmodell des Sozialen – bereits im Fall der fordistischen Gesellschaft, wenn nicht jeder Gesellschaft in die Irre führt.<sup>9</sup> Schon Gramsci hatte in seiner Fordismus-Analyse den Abschied von

---

9 | Ich tendiere zu einer quasi-transzendentalistischen Lesart des Verhältnisses zwischen mit Allgemeingültigkeitsanspruch auftretenden theoretischen Annahmen und den historischen Entstehungsbedingungen dieser Annahmen. Obwohl Gesellschaftstheorien bestimmte historische Entstehungsvoraussetzungen haben, müssen sie not-

diesem theoretischen Modell eingeleitet. So spricht man heute in der neogramscianischen, an Poulantzas anschließenden Staatstheorie nicht nur vom *integralen oder erweiterten Staat*, der die staatlichen Zwangsapparate der »politischen Gesellschaft« und die scheinbar nicht-staatlichen Institutionen der Zivilgesellschaft umfasst und relationistisch als »formbestimmte Verdichtung von Kräftegleichgewichten im politischen Kampf« (Jessop 2007: 209) definiert wird, sondern auch, mit Rückbezug auf die Regulationstheorie, von einer *integralen Ökonomie*.<sup>10</sup> Der Regulationstheorie gehe es mit der kombinierten Analyse von Akkumulationsregime und gesellschaftlicher Struktur der Akkumulation um die Ökonomie in einem erweiterten Sinn, d.h. um die »integrale Ökonomie« (209), ausgehend von der These, dass der, wie Gramsci sagt, entscheidende ökonomische Kern »immer und notwendigerweise gesellschaftlich eingebettet und gesellschaftlich reguliert« (ebd.) ist. Vor diesem Hintergrund schlägt Jessop, und die deutsche Lesart der Regulationstheorie folgt ihm darin, die gegenseitige Ergänzung von Regulations- und neogramscianischer Staatstheorie vor:

So untersucht Gramsci die gesellschaftliche Einbettung und gesellschaftliche Regulation staatlicher Macht, der Regulationsansatz untersucht die gesellschaftliche Einbettung und gesellschaftliche Regulation der Akkumulation. Für Gramsci beinhaltet dies die Analyse der Modalitäten politischer Macht (Hegemonie, Zwang, Herrschaft, Führung), die es einem historisch spezifischen Machtblock ermöglichen, Macht über die Grenzen des Staates hinaus zu entwerfen und die Bedingungen politischer Klassenherrschaft sicher zu stellen. Entsprechend bedeutet dies für die Regulationstheoretiker die Erforschung der Modalitäten ökonomischer Regulation (Lohnverhältnis, Geld und Kredit, Konkurrenzformen, internationale Regimes und Staat), die die Kompatibilität zwischen mikroökonomischem Verhalten und der erweiterten Reproduktion des Kapitalkreislaufes in spezifischen historischen Verhältnissen sichern. (Jessop 2007: 210)

wendigerweise allgemeingültige Modelle entwerfen, die selbstverständlich nicht allein in Bezug auf die Periode ihrer Entstehung Gültigkeit beanspruchen (vgl. dazu Marchart 2010a).

**10** | Dieser erweiterte Staat müsse, in den Worten Bob Jessops (2007: 217): »sowohl als ein komplexes Ensemble von Institutionen, Netzwerken, Prozeduren, Kalkulationsmodi und Normen wie auch deren miteinander verbundenen Muster strategischen Verhaltens aufgefasst werden.« Jessop verweist auch auf die Spezifik staatlicher Ensembles im Verhältnis zu ökonomischen Verhältnissen (obwohl die Beschreibung dieser Spezifik mit dem Begriff der »relativen Autonomie« noch zu sehr der althusserianischen Phase einer nur unvollständigen Ablösung vom Traditionsmarxismus verhaftet bleibt): »Staat muss vielmehr sowohl ein Gegenstand als auch ein Akteur der Regulation sein. Die spezifische Form des staatlichen Ensembles gibt jedoch der politischen Sphäre ihre ›relative Autonomie‹ und bewirkt, dass man Politik nicht einfach als ›konzentrierte Ökonomie‹ behandeln kann.« (ebd.).

Durch Kombination lässt sich auf die jeweiligen Stärken der Ansätze zurückgreifen, ihre Defizite lassen sich durch die jeweils anderen Ansätze beheben: So werde der neogramscianische Ansatz durch seine »bloß andeutende Behandlung des ›entscheidenden ökonomischen Kerns‹ der Hegemonie beeinträchtigt«, weshalb die Regulationstheorie hilfreich sein könne, diesen Mangel auszugleichen. Seinerseits sei der Regulationsansatz wiederum für seine Vernachlässigung des Staates bekannt: »Dies legt nahe, dass neogramscianische Theorie und Regulationstheorie kommensurabel sind und dass es fruchtbar wäre, sie zu kombinieren« (Jessop 2007: 210). Auch die diskursanalytische Hegemonietheorie, der immer wieder die Vernachlässigung sowohl der Ökonomie als auch des Staates angelastet wird, könnte von beiden Ansätzen profitieren. Sie selbst allerdings trägt ihrerseits den Begriff einer Politik im erweiterten Sinne bei, einer Politik also, die nicht auf das politische System beschränkt ist. Denn auch mit ihrem Politikbegriff lässt die Hegemonietheorie das topographische Gesellschaftsmodell hinter sich und beschreibt im Anschluss an Gramsci, wie die *politische Logik* der Verallgemeinerung einer partikularen Position zu einem universalen Horizont letztlich jeder hegemonialen Artikulation – unabhängig von ihrer Verortung im Sozialen – zugrunde liegt. Ich schlage vor, diese das gesamte soziale Terrain umfassende Logik von Politik als *integrale Politik* zu bezeichnen.

Wie ist nun diese von Laclau entworfene politische Artikulationslogik, die unserem Konzept der integralen Politik zugrunde liegt, zu fassen? Kehren wir nochmals zu Gramsci zurück. Hegemonie besteht, wie bereits angedeutet, in der Erringung moralischer und intellektueller Führung auf dem komplexen Terrain der Zivilgesellschaft, wobei der politische Akteur, in dem moralische und intellektuelle Führung zu einer höheren Synthese findet, nicht mehr eine einzelne Klasse ist, sondern ein »Kollektivwille«. Und so wie das politische Subjekt über das bloße Klassensubjekt hinausgeht, so gehen Gramscis Begriffe von Ideologie als »organischem Zement« und das artikulatorische Prinzip des »historischen Blocks«, in dem Institutionen und Apparate zu einem organischen Ganzen artikuliert sind, über die traditionelle Basis/Überbau-Unterscheidung hinaus: »Für Gramsci sind politische Subjekte strenggenommen keine Klassen, sondern organische ›Kollektivwillen‹; entsprechend haben die ideologischen Elemente, die durch eine hegemoniale Klasse artikuliert werden, keine notwendige Klassenzugehörigkeit.« Gramscis Position sei diesbezüglich eindeutig: »der Kollektivwille ist ein Resultat der politisch-ideologischen Artikulation verstreuter und fragmentierter historischer Kräfte« (Laclau/Mouffe 1991: 111). Die Grundvoraussetzung für hegemoniale Artikulation besteht dabei nach Gramsci – wie nach Laclau und Mouffe – im Überschreiten der rein korporativ-ökonomischen Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe (bzw. bei Laclau und Mouffe: in der Überschreitung des eigenen Partikularismus hin zum politisch Verallgemeinerbaren). Zur Erinnerung sei hier die entscheidende Strecke aus

den Gefängnisheften Gramscis, die der Laclau'schen Logik der Hegemonie zum Vorbild dient, vollständig zitiert:

Das erste Moment, das elementarste, ist das ursprünglich ökonomische: ein Kaufmann fühlt, daß er solidarisch mit einem anderen Kaufmann ist, ein Fabrikant mit einem anderen Fabrikanten usw. aber der Kaufmann fühlt sich noch nicht solidarisch mit dem Fabrikanten; gefühlt wird also die homogene Einheit der Berufsgruppe, aber noch nicht der gesellschaftlichen Gruppierung. Ein zweites Moment ist dasjenige, in dem das Bewußtsein der Interessensolidarität zwischen allen Mitgliedern der gesellschaftlichen Gruppierung erlangt wird, aber erst auf rein ökonomischem Gebiet. In dieser ökonomisch-politischen Phase stellt sich die Staatsfrage, jedoch auf dem Terrain der elementaren politischen Gleichheit, da das Recht eingefordert wird, bei der Verwaltung und bei der Gesetzgebung mitzuwirken und sie innerhalb der vorhandenen allgemeinen Rahmenbedingungen zu modifizieren, sie zu reformieren. Ein drittes Moment, ist dasjenige, in dem das Bewußtsein erlangt wird, daß die eigenen »korporativen« Interessen in ihrer gegenwärtigen und künftigen Entwicklung den »korporativen« Umkreis, also den der ökonomischen Gruppierung, überschreiten und zu Interessen anderer untergeordneter Gruppen werden können und müssen; dies ist die eigentlich »politische« Phase, die den klaren Übergang von der bloßen Struktur zu den komplexen Superstrukturen bezeichnet, es ist die Phase, in der die zuvor aufgekeimten Ideologien in Kontakt kommen und in Kontrast treten, bis eine einzige von ihnen, oder zumindest eine einzige Kombination derselben, dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über das gesamte Gebiet zu verbreiten, über die ökonomische und politische Einheit hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit determinierend, auf einer nicht korporativen, sondern universellen Ebene der Hegemonie einer gesellschaftlichen Hauptgruppierung über die untergeordneten Gruppierungen. (Gramsci 1991ff.: 495f.)

Was die später von Laclau diskursanalytisch beschriebene Logik der Hegemonie bzw. integralen Politik auszeichnen wird – die Erweiterung der berufsgruppenspezifischen bzw. korporativen Interessen hin zu einer »universellen Ebene« der Repräsentation von Allgemeinheit – ist hier bereits angesprochen.<sup>11</sup> Aller-

**11** | In *Emanzipation und Differenz* hat Laclau aus dieser Logik der Hegemonie eine Art negative Dialektik zwischen Partikularität und Universalität destilliert. Er kann sich dabei wiederum auf Gramsci stützen, der an einer Stelle der Gefängnishefte selbst davon spricht, dass im hegemonialen Verhältnis »das ›Partikulare‹ zu ›Universellem‹ erhoben wird« (Gramsci 1991ff.: 771). Laclau geht jedoch auch hier über Gramsci hinaus, indem er dieses Verhältnis dekonstruktiv als notwendig und doch zugleich prinzipiell unmöglich fasst. Laclau wird in der Unüberbrückbarkeit des Spalts zwischen dem Partikularen und dem Universellen die eigentliche Bedingung der (Un-)Möglichkeit des hegemonialen Verhältnisses erkennen. Das Universelle besitzt keinen notwendigen Inhalt, und es wird nie ein partikularer Körper gefunden werden können, der sich als wahrer Körper

dings werden Laclau und Mouffe Gramsci nur mit gewissen Vorbehalten folgen, denn für sie sind die Reste des Ökonomismus, der sich in dem obigen Zitat spiegelt, aus zumindest drei Gründen nicht länger tragbar: Zum ersten muss es sich – spätestens nach der Erfahrung der neuen sozialen Bewegungen – bei korporativen Interessen nicht unbedingt allein um ökonomische Interessen handeln, sondern unter »korporativen Interessen« können alle Formen des Partikularismus und der identitären Selbstabschließung (etwa in Form von *identity politics*) verstanden werden. Die Bewegung hegemonialer Politik ist also nicht notwendigerweise mit dem »Übergang von der bloßen Struktur zu den komplexen Superstrukturen« identisch. Zum zweiten werden Laclau und Mouffe (1991: 196) Gramscis Vorstellung zurückweisen, hegemoniale Subjekte würden notwendigerweise auf der Ebene der beiden fundamentalen Klassen konstituiert. Gramscis eigentlich anti-ökonomistische Position werde durch diese letzte Inkohärenz beeinträchtigt, wodurch das Spiel der Hegemonie eingeschränkt bleibe. Der »verborgene essentialistische Kern« (114) der Position Gramscis besteht in der Annahme, trotz des relationalen und artikulatorischen Charakters einer hegemonialen Formation müsse es »in jeder hegemonialen Formation immer ein *einziges* vereinheitlichendes Prinzip geben, und dies kann nur eine fundamentale Klasse sein. Demgemäß sind zwei Prinzipien der sozialen Ordnung – die Einzigartigkeit des vereinheitlichenden Prinzips und sein notwendiger Klassencharakter – nicht das kontingente Resultat eines hegemonialen Kampfes, sondern der notwendige strukturelle Rahmen für jeden Kampf« (113). Selbst bei Gramsci handelt es sich letztlich um ein Nullsummenspiel zwischen der Hegemonie der Bourgeoisie und der potentiellen Hegemonie der Arbeiterklasse, wodurch der hegemonialen Logik der Kontingenz durch eine letzte Bastion der Notwendigkeit Schranken gesetzt bleiben. Laclau und Mouffe werden diesen letzten Klassenkern, der im Wandel hegemonialer Artikulation für Gramsci noch identisch blieb, aus der Hegemonietheorie entfernen. Erst mit dieser entkernten Version wird das ganze Potential des Hegemoniebegriffs freigesetzt, und mit dem *discursive turn* wird das Terrain der Klassenanalyse endgültig verlassen. Denn die grundlegenden Analyseeinheiten sind nun nicht mehr sozial objektivierte und ihrer hegemonialen Artikulation vorausgehende (Klassen-)Identitäten, sondern immer erst *zu artikulierende* und im Artikulationsprozess ihre Identität verändernde Diskursformationen. Und drittens werden

---

des Universellen erweise; stattdessen »wetteifern verschiedene Gruppen miteinander, um ihren Partikularismen eine Funktion universeller Repräsentation zu geben« (Laclau 2002: 64). Dieser Prozess ist prinzipiell unabstellbar, denn der Spalt zwischen Partikularität und Universalität bleibt auf Dauer unüberbrückbar. Das Universelle (einer ein für allemal errichteten hegemonialen Ordnung) wird so zu einem unmöglichen Objekt, das letztlich nicht erreichbar ist, dennoch aber notwendig bleibt als leerer Ort, um den der politische Kampf tobt.

Laclau und Mouffe ein weiteres essentialistisches Element des gramscianischen Denkens zurückweisen, das Postulat nämlich, »daß mit Ausnahme von Interregna organischer Krisen jede Gesellschaftsformation sich um ein einfaches hegemoniales Zentrum herum strukturiert« (ebd.). Gesellschaftsformationen würden von einer Vielzahl von Antagonismen sozialer Kämpfe durchkreuzt, die jede »Gesellschaft« konstitutiv dezentrieren (was natürlich keinesfalls bedeutet, dass es überhaupt keine hegemonialen Verdichtungen, keine Zentren im Plural mehr gibt – in deren Herstellung besteht ja gerade die Aufgabe hegemonialer Artikulation).

Der im Kern schon von Gramsci formulierte soziale Relationismus müsse somit diskursanalytisch gewendet und radikalisiert werden: »Hegemonie ist ganz einfach ein politischer *Typus von Beziehung*, eine *Form*, wenn man so will, von Politik, aber keine bestimmbar Stelle innerhalb einer Topographie des Gesellschaftlichen« (Laclau und Mouffe 1991: 198). Im Sinne dieser *integralen* Form von Politik wird das Soziale, statt in hierarchisch organisierte Ebenen oder in selbstregulierte Teilsysteme differenziert zu sein, hegemonial *zu diskursiven Formationen artikuliert*, die quer zu jeder topographischen System- oder Ebenenunterscheidung liegen. Was solche Trennungslinien überquert, ist gewissermaßen die Universalisierungstangente integraler, d.h. hegemonialer Politik, die – in Laclau'scher Reformulierung des obigen Gramsci-Zitats – in der Übernahme der Aufgabe der Repräsentation eines abwesenden Universellen durch einen partikularen Akteur besteht, der dieser Aufgabe nie gerecht werden kann, weshalb das Spiel integraler Politik sich als unabstellbar erweist.<sup>12</sup> Mit dieser (letztlich immer notwendig scheiternden) Dialektik von Partikularismus und Universalismus ist Laclau eine Neubeschreibung der hegemonialen Logik gelungen, die eine Perspektivierung des Sozialen unter politischen Gesichtspunkten erlaubt. Was eine hegemonietheoretische Diskursanalyse über diese allgemeine Bestimmung des hegemonialen Verhältnisses hinaus im jeweils gegebenen Fall zu beschreiben hat, sind jene diskursiven Strategien, durch die die Kohärenz einer bestimmten hegemonialen Diskursformation gewährleistet wird. Die allgemeine Perspektive der diskursanalytischen Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes lässt sich somit zur Frage verdichten: *Wie wird soziale und politische Bedeutung innerhalb relationaler Ensembles von Kräfteverhältnissen durch*

**12** | Ernesto Laclau hat sowohl die Logik des leeren Signifikanten als diskursivem Kohärenzgaranten einer diskursiven Formation als auch das hegemoniale Verhältnis zwischen dem Partikularen und dem Universellen in *Emanzipation und Differenz* (2002) dargestellt. Für eine ausführlichere Zusammenfassung der Hegemonietheorie Laclaus und Mouffes gerade auch hinsichtlich des Verhältnisses von Partikularismus und Universalismus, die an dieser Stelle aus Platzgründen nicht geleistet werden kann, vgl. die Beiträge in Critchley/Marchart (2004), sowie Marchart (1994; 1998) und Stäheli (2001).

*politische Kämpfe geformt?* Oder exakter: *Wie wird eine gegebene hegemoniale Formation auf einem konstitutiv von Antagonismen durchfurchten Terrain diskursiv artikuliert?* Unter einer »hegemonialen Formation« wird nun jede Diskursformation verstanden, die hinsichtlich des *antagonistischen Terrains* ihrer Konstitution analysiert wird, also hinsichtlich jener Antagonismen oder sozialen Kämpfe, die sie durchfurchen und dabei zugleich formen (195).

Wiederum sind zwei Ebenen zu unterscheiden: die allgemein-theoretische, die uns über die Konstitutionslogiken hegemonialer Formationen aufklärt, und die konkret-historische der Analyse spezifischer Formationen. Die diskursanalytische Wende der Hegemonietheorie erlaubt es, sowohl die allgemeine Konstruktionslogik hegemonialer und darin diskursiver Formationen zu beschreiben (also die Artikulationslogik der Vereinheitlichung relationaler Ensembles) und zugleich ein methodologisches Instrumentarium zur Analyse jeweils konkreter Formationen zu gewinnen. Auf diese Weise wird die gerade angerissene Dialektik von Partikularismus und Universalismus diskurstheoretisch und -analytisch operationalisiert. Im Anschluss an Saussure wird das Soziale als ein Feld von Bedeutung und damit von Differenzen verstanden (denn die Bedeutung eines diskursiven Elements stellt sich nur her qua relationaler Differenz zu anderen Elementen), wobei zu klären bleibt, wie diese Differenzen miteinander verknüpft, d.h. artikuliert werden. Diese Erklärung liefert Laclau und Mouffes Konzept des *Antagonismus*, das die wohl zentrale Stelle im Theoriebau der diskursanalytischen Hegemonietheorie einnimmt. Da erst im nächsten Kapitel die Diskurstheorie genauer vorgestellt wird, muss vorerst die folgende Erklärung ausreichen: Eine vorübergehende Verknüpfung relationaler Elemente stellt sich her durch deren gemeinsame Abgrenzung gegenüber einem antagonistischen Außen. Dieses Außen stellt keine weitere Differenz dar, d.h. kein weiteres »positives« Element, denn dann wäre es ja Teil des Felds der Differenzen und nicht dessen Außen. Es muss vielmehr als rein negativer Bezugspunkt gedacht werden, dem gegenüber sich die Differenzen zu einem gemeinsamen Ensemble – einer »Äquivalenzkette« – zusammenschließen. Als das *ganz Andere* der Differenz präsentiert sich der Antagonismus dem Feld der Differenzen gegenüber somit als *Prinzip von Äquivalenz*. Insofern jedes relationale (=differentielle) Ensemble aber konstitutiv auf eine Instanz verwiesen bleibt, die ihm notwendigerweise entkommt (=ein negatorisches Außen), wird es immer von seinem Gegenteil (dem Prinzip der Äquivalenz) subvertiert, welches es zugleich konstituiert.<sup>13</sup>

**13** | Man sieht, wie der Begriff des Antagonismus für Laclau und Mouffe eine dem Derrida'schen *Supplement* völlig analogen Status besitzt: Die Bedingung der Möglichkeit sozialer Bedeutung, d.h. die Bedingung eines gewissen Systematisierungseffekts hegemonialer Formationen verunmöglicht zugleich die Herstellung »voller Bedeutung« bzw. die Schließung eines hegemonial geformten Sozialen zu einer imaginär geschlossenen Totalität von »Gesellschaft«. So folgern Laclau und Mouffe (1991: 1994), »daß Hege-

Was hier noch allzu abstrakt wirken mag, wird seine Erklärungskraft an der diskursanalytischen Durchführung im nächsten Kapitel erweisen. Jetzt schon lässt sich aber vorhersagen, dass eine genauere Qualifizierung der These vom Primat des Protests möglich wird. Wenn Protest vor allem für den Postoperatismus und die pragmatische Soziologie als »Motor« kapitalistischer Entwicklung und Veränderung wirken, so wird diese Antriebsfunktion – wenn auch vorerst auf abstrakt-theoretischer Ebene – mithilfe von Laclau und Mouffes Kategorie des Antagonismus theoretisch fassbar. Die Funktion integraler Politik ist auf die *Antagonisierung* relationaler Ensembles zum Zwecke der Universalisierung eines bestimmten Projekts angewiesen. Zugleich sticht ein wesentlicher Unterschied ins Auge, denn unter den Begriff des Antagonismus, bzw. konkreter: der sozialen Kämpfe, fallen nicht allein Protest und Kritik. Der Begriff des Antagonismus ist breiter gefasst und inkludiert hegemoniale wie gegen-hegemoniale Artikulationen. Eine hegemonietheoretische Analyse darf demzufolge nicht alleine die Kämpfe der Arbeiter bzw. der *multitude* berücksichtigen – wozu der Postoperatismus tendiert –, sondern muss auch die Kämpfe *anderer Hegemonie anstrebender Projekt*, ja auch den hegemonialen Kampf »von oben« in die Analyse mit einbeziehen.<sup>14</sup> Auch die Verschiebungen zwischen Protest bzw. Kritik auf der einen und hegemonialen Artikulation auf der anderen Seite, d.h. die Transformationen *in beide Richtungen* müssen berücksichtigt werden. Es wird sich zeigen, dass aus Sicht eines integralen Politikkonzepts das Soziale ein von vielfältigen Antagonismen durchkreuztes Feld darstellt, das keiner binären Logik von »Protest« versus »System« oder von »Kritik« versus »Kapitalismus« gehorcht. Stattdessen müssen die vielfältigen Transformationen untersucht werden, die an unterschiedlichsten Stellen diverse Antagonismen unablässig verschieben. Denn, so Laclau und Mouffe:

Die Logik der Äquivalenz [i.e. des Antagonismus, O.M.] ist jedoch nur die abstrakteste und allgemeinste Existenzbedingung jeder Formationen. Um von hegemonialer Formation sprechen zu können, müssen wir einen anderen Umstand einführen, der durch unsere vorherige Analyse geliefert wurde: nämlich diese fortwährende Neudefinition der sozialen und politischen Räume und jene beständigen Prozesse der Verschiebung der inneren Grenzen, die die für gegenwärtige Gesellschaften eigentümliche soziale Spaltung formen. Nur unter diesen Bedingungen erlangen die durch die Logik der Äquivalenz gebildeten Totalitäten ihren hegemonialen Charakter. (Laclau/Mouffe 1991: 204)

monie auf einem kreuz und quer von Antagonismen durchzogenen Feld auftaucht und deshalb Äquivalenzphänomene und trennende Grenzeffekte voraussetzt [...] Die beiden Bedingungen einer hegemonialen Artikulation sind also einmal die Präsenz antagonistischer Kräfte und zum zweiten die Instabilität der sie trennenden Grenzen.«

**14** | Es muss kaum erwähnt werden, dass der Ausdruck der Hegemonie »von oben« auf kein topographisches Gesellschaftsmodell hinweisen soll.

## 2.3 UMSTRITTENE VORHERRSCHAFT: DER NEOLIBERALISMUS ALS HEGEMONIALPROJEKT

Dass die Entwicklung hegemonialer Formationen nicht allein sozialen Protestbewegungen geschuldet sein kann, sondern aus der vielfältigen (antagonistischen) Konstitution unterschiedlicher »Kollektivwillen« hervorgeht, zeigt sich am Projekt des Neoliberalismus. Die Prekarisierungsgesellschaft ist mindestens so sehr Produkt des neoliberalen Hegemonialprojekts wie sie Produkt der Künstlerkritik und der Arbeiterkämpfe der 70er-Jahre ist. Wird zu sehr auf den Primat des *Protests* abgehoben, wie etwa im Postoperaismus, so besteht die Gefahr, dass die hegemonialen Kämpfe »von oben«, die die Prekarisierungsgesellschaft als hegemoniales Projekt vorantreiben, unterschätzt werden. Erst durch die Konvergenz scheinbar unvereinbarer Hegemonial-, Protest- und Kritikprojekte – von »oben« wie von »unten« – wurden jene tiefgreifenden hegemonialen Verschiebungen möglich, die in einem Prozess, der sich über Jahrzehnte zog, das keynesianische gesellschaftlich-politische Imaginäre, das linke (kommunistische, sozialistische) wie konservative Kräfte miteinschloss, in den universellen Diskurs des Marktfatalismus und der vorgeblichen Machtlosigkeit von »Politik« verwandelte. Diese hegemoniale *Horizontverschiebung*, die einhellig von allen diskutierten Autoren und Autorinnen konstatiert wird, zog sich über die gesamten 70er Jahre hin, wurde punktuell von diktatorischen Einführungsexperimenten in Lateinamerika und kulminierte politisch in den neoliberalen Wahlerfolgen von Thatcher in Großbritannien, Reagan in den USA und (abgemildert) in der »geistig-moralischen Wende« Kohls in der BRD, bis sie schließlich von den sozialdemokratischen Parteien Europas internalisiert wurde. Aus hegemonietheoretischer Perspektive sind gerade die bescheidenen, ja völlig marginalen Ursprünge dieses Projekts interessant, wurden doch die neoliberalen Ökonomen ursprünglich (vor dem Intelligibilitätshorizont des Keynesianismus) als eine marktradikale Sekte angesehen. Doch die 1947 gegründete *Mont Pelerin Society* der Neoliberalen entwickelte sich zu einem globalen Netzwerk aus *think tanks*, Universitätsinstituten und Lobbying-Organisationen, das in mobilen Allianzen mit unterschiedlichen politischen Kräften zunehmend hegemoniale Geländegewinne verzeichnen konnte, die zu Beginn des Projekts niemand hätte vorhersehen können (vgl. dazu ausführlich Walpen 2004). In gewisser Hinsicht begann der Neoliberalismus daher als ein *gegen*-hegemoniales Projekt, als Projekt nämlich, das – wiewohl von Eliten formuliert – sich gegen die fordistisch-keynesianische Hegemonie der Nachkriegszeit richtete.

Aus gramscianischer Perspektive stellt sich die vom Neoliberalismus errungene Hegemonie als kontingentes Verdichtungsprodukt unterschiedlicher gesellschaftlicher Kräfte und Tendenzen dar, die einander verstärkt haben mögen, die aber keinesfalls von irgendeiner Stelle zentral gesteuert wurden (Candeias 2004: 256). Auch das Netzwerk neoliberaler Institutionen sollte unter keinen

Umständen als eine Art »Strippenzieher« porträtiert werden, an dessen Fäden die Regierungen und gesellschaftlichen Großorganisationen – Medien, Parteien, Gewerkschaften – wie Marionetten hängen. Das neoliberale Projekt war von Rückschlägen, mehr oder weniger erfolgreichen Probeläufen und schließlich national spezifischen Beschränkungskonstellationen geprägt, so dass die reine neoliberale Lehre nirgendwo umgesetzt werden konnte. Einerseits erweist sich der Neoliberalismus als von großer Anpassungsfähigkeit, die aber andererseits neoliberale Lösungen – aufgrund der ungleichmäßigen zeitlichen wie geographischen Ausbreitung des Neoliberalismus und seiner immer nur partiellen Implementierung – oftmals als Provisorien erscheinen lässt, so David Harvey (2007: 23). Im konkreten Fall werde die Entwicklung des Neoliberalismus immer durch »das komplexe Zusammenspiel von politischen Kräften, historischen Traditionen und eingeführten institutionellen Strukturen« bestimmt. Candeias (2004: 103) weist darauf hin, dass jede Übertragung »eines theoretischen Programms in ein populäres praktisch-politisches Programm, das die Kräfte bündelt, und zu einer durchsetzungsfähigen Strategie ausarbeitet«, Kompromisse mit politischen und sozialen Kräften bzw. der Bevölkerung eingehen müsse und also nur als ein konstanter Reartikulationsprozess funktionieren könne. Ralf Ptak (2008: 73) zufolge beinhalte die politische Praxis des Neoliberalismus daher »die permanente Suche nach einer politischen und institutionellen Strategie und Taktik zur Durchsetzung der Marktgesellschaft«, der kein strategischer Schlachtplan zugrunde liege, sondern eine Strategie modularer Adaption neoliberaler Kernideologeme: Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung, Flexibilisierung und Freihandel. Diese »bieten gewissermaßen einen modularen Baukasten, aus dem sich die Politik neoliberaler Modernisierung bedient. Das bedeutet Abbau von Schutzrechten und Marktbeschränkungen (Deregulierung), von Zöllen nichttarifären Handelshemmnissen (Freihandel), die Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge (Privatisierung), die Schaffung immer neuer Märkte (Liberalisierung) und die erzwungene Anpassung der Individuen an den Marktmechanismus (Flexibilisierung)« (Ptak 2008: 83f.).

Dass aber das neoliberale Projekt in welcher modularisierter Form auch immer Halt gewinnen konnte, dafür kann eine Reihe von Vorbedingungen ausgemacht werden. Die wohl wesentlichste Vorbedingung ist die bereits im vorangegangenen Kapitel ausführlich diskutierte Desintegration wesentlicher Eckpfeiler der hegemonialen Formation des Fordismus, wie sie durch die Überakkumulationskrise der 70er-Jahre und die Abschaffung der festen Wechselkurse zu Beginn des Jahrzehnts beschleunigt wurde. Aus hegemonietheoretischer Perspektive lässt sich der überraschende Aufstieg des Neoliberalismus damit erklären, dass es ihm gelang, in dieser Krisensituation einen Diskurs zu Verfügung zu stellen, in den sich ein zur dislozierten Ordnung des Fordismus alternatives politisches

Ordnungsprojekt einschreiben konnte.<sup>15</sup> Dem Neoliberalismus gelang es, ein neues Plausibilitätsregime zu errichten, das die Dislozierungserfahrungen mit einer Erklärung versah und einen Lösungsvorschlag anbot. Nach und nach wurde der dislozierte Horizont des Fordismus verschoben und schließlich – wenn auch natürlich nicht vollständig – durch einen postfordistischen und neoliberalen Intelligibilitätshorizont ersetzt. Das erforderte freilich eine umfassend und langfristig angelegte Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Großakteure:

Starken politischen Einfluss übten die Unternehmen und die Medien aus sowie zahlreiche Institutionen, die in ihrer Summe die Zivilgesellschaft ausmachen, also Universitäten, Schulen, Kirchen und Berufsverbände. Der »lange Marsch« der neoliberalen Ideen durch diese Institutionen, von dem Hayek schon 1947 gesprochen hatte, die Gründung von Thinktanks – unterstützt und finanziert durch die Unternehmen –, die Eroberung gewisser Bereiche der Medien und schließlich die Bekehrung vieler Intellektueller zu neoliberalen Anschauungen – all dies trug zu einem Meinungsklima bei, in dem der Neoliberalismus als einziger Garant der Freiheit galt. Vollends abgesichert wurde dieser Prozess durch die Eroberung der politischen Parteien und am Ende der staatlichen Macht. [...] Und wenn die neoliberale Wende erst einmal auf staatlicher Ebene vollzogen war, konnte der Staatsapparat sein Überzeugungs-, Kooptations-, Bestechungs- und Drohpotenzial einsetzen, um das Klima der Zustimmung zu bewahren, in dem er sich an der Macht halten kann. (Harvey 2007: 53)

**15** | Harvey zufolge stellt sich die reale ökonomische Bilanz des Neoliberalismus, jedenfalls was dessen Fähigkeit zur Stimulierung der Kapitalakkumulation betrifft, als keineswegs so beeindruckend dar wie seine massenmedial angepriesene Erfolgs-Story: »In den 1960er-Jahren lagen die jährlichen Wachstumsraten der gesamten Weltwirtschaft bei etwa 3,5 Prozent, und selbst in den krisenhaften 1970er-Jahren gingen sie auf lediglich 2,4 Prozent zurück. Dann aber fielen sie in den 1980er und 1990er-Jahren auf 1,4 bzw. 1,1 Prozent (bis 2004 kamen sie kaum über die Ein-Prozent-Grenze hinaus)« (2007: 191). Der wirkliche ökonomische »Erfolg« bestehe in jener »Akkumulation durch Enteignung«, die zu einem signifikanten Umverteilungseffekt von unten nach oben führe: »Zu diesen Instrumenten gehören: die Verwandlung von Grund und Boden in Ware und die Privatisierung von Landbesitz, was zur gewaltsamen Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung führt [...]; die Umwandlung verschiedener Arten von Eigentumsrechten (Gemeinde-, Kollektiv- oder Staatseigentum) in die exklusive Form von Privateigentum (am krassesten in China); die Abschaffung der Nutzungsrechte an Gemeindeland; die Verwandlung der Arbeitskraft in eine Ware und die Auslöschung alternativer (indigener) Formen der Produktion und Konsumtion; koloniale, neokoloniale und imperiale Methoden der Aneignung von Vermögenswerten (einschließlich natürlicher Ressourcen); Tarifierung des Austauschs und der Besteuerung vor allem von Grundbesitz; Sklavenhandel (der vor allem in der Sexindustrie weiter existiert); Zinswucher, Staatsverschuldung und vor allem das Kreditsystem mit seinen extrem zerstörerischen Wirkungen« (197).

Obwohl vorangetrieben durch ein über Jahrzehnte in der Zivilgesellschaft vorbereitete Hegemonialprojekt, das schließlich auf die Dislozierungssituation der 70er-Jahre stieß, sickerte der Neoliberalismus erst durch die Regierungsübernahme entsprechend sympathisierender *politischer* Projekte in die Staatsapparate ein und gewann an Ausbreitungsgeschwindigkeit. Zur experimentellen Vorbereitung unter diktatorischen Durchsetzungsbedingungen dienten autoritäre Regime Lateinamerikas, darunter das durch den Putsch 1973 an die Macht gekommene Regime der chilenischen Junta unter General Pinochet, das von den US-amerikanischen neoliberalen Ökonomen – den sogenannte »Chicago Boys« – beraten wurde. Nach 1975 wurden in Chicago ausgebildete chilenische Ökonomen in die Regierung Pinochets geholt, um die chilenische Wirtschaft in enger Zusammenarbeit mit dem IWF neoliberal zu restrukturieren. Dies beinhaltete u.a. die Rückgängigmachung von Allendes Verstaatlichungen, umfassende Privatisierungen und die Liberalisierung des Handels. Das chilenische Modell, so Harvey (17), bot samt seiner pragmatischen Wendung »hilfreiche Lehren, die einen Einfluss auf die neoliberale Wende der 1980er-Jahre in Großbritannien (unter Margaret Thatcher) und in den USA (unter Ronald Reagan) hatten. Nicht zum ersten Mal wurde damit ein brutales Experiment, das in einem Land der Peripherie durchgezogen wurde, zum Modell für die Ausgestaltung einer politischen Strategie im Zentrum der Weltwirtschaft«. Unter diesem Aspekt setzt sich der Neoliberalismus nicht alleine über die Herstellung von Konsens und freiwilliger Zustimmung, sondern auch durch den Einsatz staatlich organisierten Zwangs durch. Darüber hinaus sollte man nicht vergessen, dass die Aufkündigung des fordistischen Klassenkompromisses und die Entmachtung der Gewerkschaften keineswegs so schleichend vor sich ging, wie dies retrospektiv erscheinen mag, sondern ein explizites Ziel sowohl der Reagan- als auch der Thatcher-Revolution war, das im erfolgreichen Kampf Reagans gegen die Fluglotsengewerkschaft PATCO 1981 und in Thatchers Niederschlagung des Streiks der Bergarbeiter 1984 gipfelte.<sup>16</sup>

**16 |** Es wurde oft bemerkt, dass eine gewisse Affinität zu Demokratieskepsis und Autoritarismus bereits in der Philosophie des Neoliberalismus angelegt sei (vgl. etwa Lösch 2008; Butterwegge 2008). Diese Affinität scheint mir vor allem aus der entscheidenden Differenz zum Liberalismus klassischen Zuschnitts zu resultieren. Dessen emanzipatorisches Potential, das sich zwar in einem am Konkurrenzmodell des Marktes ausgerichteten Individualismus ausdrückt, zugleich aber liberal-demokratisch gegen staatlichen Autoritarismus gewendet werden kann, wird vom Neoliberalismus tatsächlich doppelt gekappt: Denn einerseits wird substantielle Demokratie als Hindernis für die Ausbreitung marktförmiger Verhältnisse betrachtet (der auf Angebot und Nachfrage wie auf individuellen Konsumtionsentscheidungen basierende Markt stelle ohnehin die bessere, wenn nicht die eigentliche Demokratie dar), andererseits bedient sich der Neoliberalismus als Projekt »zur Auflösung der politisch organisierten Gesellschaft« (Ptak 2008: 51)

Das politische Projekt Thatchers ist für die Analyse der Durchsetzung neoliberaler Hegemonie besonders instruktiv. Es wurde zeitgleich zu Thatchers Aufstieg bereits von Stuart Hall und anderen Vertretern der Birmingham Cultural Studies hegemonietheoretisch analysiert (die diskursanalytische Seite dieser Untersuchung wird im nächsten Kapitel genauer ausgeführt). So gründen Hall et al. (1978) ihre Studie des gesellschaftlichen Kontexts des Thatcherismus auf einer umfassenden Analyse der organischen Krise, die den hegemonialen Konsens, der mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaates in den unmittelbaren Nachkriegsjahren einhergegangen war, erfasst hatte. Eine organische Krise kann sich Gramsci zufolge über Jahrzehnte erstrecken und immer neue Stabilisierungsversuche nach sich ziehen. Sie ist gekennzeichnet durch eine Akkumulation sozialer, politischer und ökonomischer Widersprüche, sowie durch den zunehmenden Legitimitäts- und Autoritätsverlust der politischen Führung, die das hegemoniale Bündnis zwischen dominanten und subordinierten Sektoren der Gesellschaft nur mit Mühe aufrechterhalten kann. Genau das war nach Ansicht der Autoren in Großbritannien der Fall. Bereits nach Macmillans Wahlsieg 1959 begann der Konsens zu bröckeln und wurde Mitte der 60er Jahre durch eine ernste Budgetkrise weiter in Mitleidenschaft gezogen. Zwischen 1972 und 1976, im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise, kam es zur rapiden Verschlechterung der wirtschaftlichen Position Großbritanniens, zu Inflation und einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen. Auf diese sich vertiefende Krise, die Ökonomie, Politik und Kultur zu erfassen drohte, wurde mit einer Restrukturierung des hegemonialen Diskurses geantwortet.

Diese Restrukturierung war nicht allein das Werk der »eisernen Lady«, doch hatte sich mit der Übernahme der Tory-Party durch Thatcher eine besonders extreme Ausformung des neuen Artikulationsprinzips eines großen Parteiapparats bemächtigt. Nach ihrer Wahl zur Premierministerin gelang es Thatcher durch eine Vielzahl von Privatisierungen, Einschnitte in die öffentlichen Ausgaben und die Bekämpfung der Gewerkschaften, das Paradigma staatlicher Politik in Richtung Neoliberalismus zu verschieben. Wie nachhaltig dies gelang, zeigt sich daran, dass Tony Blair – dessen Politik gelegentlich als »Thatcherism with a

---

zugunsten einer gesellschaftsumfassenden Implementierung von Marktverhältnissen ungeniert der staatlichen (Zwangs-)Apparate. Zur angepeilten »Entthronung der Politik« durch den Markt ist der Staat durchaus erforderlich: »Der neoliberale Staat bezieht sich nicht auf die Zerstörung der staatlichen Macht als solcher, sondern will die Neuausrichtung der staatlichen Aufgaben durchsetzen. Es ist noch nicht einmal gesagt, dass der neoliberale Wettbewerbsstaat insgesamt weniger Aktivitäten entfaltet, denn mit der in Kauf genommenen Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche steigen Aufwand und Kosten zur Sicherung der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse« (67). Die Frage, in welchem Ausmaß diese Politik autoritär sein muss, erscheint hinsichtlich des höheren Ziels einer durchgehend marktförmigen Gesellschaft dann zweitrangig.

human face« beschrieben wurde – sich nach Übernahme der Regierungsmacht auf einem signifikant veränderten hegemonialen Terrain bewegen musste. Die von Stuart Hall (1988), von dem der Begriff Thatcherismus geprägt wurde, vorgelegten und bis heute maßgeblichen Analysen beschreiben Thatchers Projekt eines *autoritären Populismus*, der darauf zielte, »das Gravitationszentrum in Gesellschaft und Staat dem ›autoritären‹ Pol der Regulation näherzurücken« (84): Kontrolle, Strafe, Überwachung und die Suche nach Sündenböcken wurden zu zentralen politischen Strategien. Populistisch waren diese Strategien, weil sie darauf abzielten, einen Widerspruch zwischen den popularen Klassen und dem Machtblock zu artikulieren.<sup>17</sup> Dazu rief der Thatcherismus radikal-populäre Gefühle aus einer Position innerhalb des Machtblocks an und dirigierte sie gegen einen Gegner wie »die Bürokratie« des keynesianischen Wohlfahrtsstaats, womit zugleich die potentielle Sprengkraft dieser Affekte neutralisiert werden konnte. Im Unterschied zu revolutionären Formen des Populismus führe eine solche Artikulation, so Hall, nicht zu einem *popularen Bruch*, also zur Konstruktion eines Antagonismus zwischen popularen Klassen und Machtblock, sondern zur Konstruktion der *popularen Einheit* des gesamten »Volkes« – natürlich unter Ausschluss »der Bürokratie«, aller »Sozialschmarotzer« und nicht zuletzt der als sozialistisch diffamierten Labour-Politik.

Was der politischen Hegemoniefähigkeit der ursprünglichen neoliberalen Theorie entgegenkam, war mit Sicherheit ihr in gewisser Hinsicht »universalistischer« Anspruch. Wie Ptak (2008: 14) nachweisen konnte, war der Machtanspruch des Neoliberalismus total und universell zugleich: »total im Sinne einer umfassenden Entpolitisierung des Gesellschaftlichen und universell im Hinblick auf seinen globalen Geltungsanspruch.« Er zielte also, gramscianisch reformuliert, weit über die *korporativ-ökonomische* Phase im Aufbau eines Kollektivwillens hinaus auf die marktformige Reartikulation der sozialen Verhältnisse in ihrer Gesamtheit. Allerdings ist umstritten, in welchem Ausmaß ihm die Erringung von Hegemonie letztlich gelang. Wie umfassend ist der Intellegibilitätshorizont des Neoliberalismus wirklich? Gelingt es ihm tatsächlich, die zur

---

**17** | Hall bezieht sich damit auf die frühe Populismustheorie Laclaus (1981), der argumentiert hatte, populistische Diskurse würden keine intrinsische Klassenzugehörigkeit besitzen, sondern könnten aus sehr unterschiedlichen Diskurselementen zusammengesetzt sein. Diese werden als populistisch definiert, weil mit ihrer Hilfe ein »populares« politisches Subjekt im Antagonismus gegenüber dem »Machtblock« konstruiert wird. Besonders in Zeiten organischer Krise werden Diskurselemente aus einer nicht länger gefestigten hegemonialen Formation freigesetzt und für populistische Reartikulationen verfügbar. So kann ein populares Subjekt *gegen* den »Machtblock« artikuliert werden, es kann aber, worauf Hall hinweist, auch *mit* dem Machtblock artikuliert werden, z.B. in Form eines »großen nationalen Kreuzzugs, um ›Britannien wieder zur alten Größe zu verhelfen.« (Hall 1988: 49).

Hegemoniebildung notwendige freiwillige Zustimmung zu rekrutieren oder hält er sich nur über den Einsatz von Zwangs- und Überwachungsstrategien?

Auf der einen Seite stehen Theoretiker, die von der Existenz einer veritablen neoliberalen Hegemonie ausgehen, und unsere bisherige Darstellung tendierte ebenfalls in diese Richtung. Nach Candeias (2008: 302) könne der Neoliberalismus als hegemonial gelten, weil er die gesamte Gesellschaft nach den Kriterien betriebswirtschaftlicher Nutzenkalküle und der Wettbewerbsorientierung reorganisiert. Damit würden die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig verschoben, was nicht zuletzt bedeute, dass man sich die Zurückweisung neoliberaler Prinzipien »nur bei Strafe des persönlichen Untergangs oder gesellschaftlicher Marginalisierung« leisten könne. Die Kriterien von Effizienz, Wettbewerb und Flexibilität sickern in die Gesamtgesellschaft ein, und die »neoliberale Anrufung des Individuums als Herrn seines Geschicks, das doch unterworfen bleibt unter eine höhere Ordnung (Gott, Natur, Markt, System), die sich unserer beschränkten Rationalität entzieht, darf auf eine relativ verbreitete Zustimmung setzen« (2004: 103). Doch Candeias scheint seiner eigenen These nicht ganz zu trauen, da trotz aller Subjektivierungserfolge hin zur Leitfigur des »unternehmerischen Selbst« die spürbaren Prekarisierungseffekte neoliberaler Umstrukturierung solche Zustimmung permanent untergraben:

Prekarisierung, Überausbeutung, gesellschaftliche Polarisierung, schwindende Perspektiven und Planbarkeit des eigenen Lebensentwurfes stellen gesellschaftliche Individuen vor Zerreißproben; mangelnder Einfluss, Dauerreformen und unzureichende Möglichkeiten zum Ausdruck der Unzufriedenheit etablieren eine Kultur der Unsicherheit und lassen den aktiven Konsens bröckeln. Diese doppelte Prekarisierung von Arbeit und Reproduktion ist Teil der Kämpfe um die Durchsetzung und Sicherung einer transnationalen Produktions- und Lebensweise sowie der neoliberalen Hegemonie.« (Candeias 2008: 307)

Folglich sei eine Krise des Neoliberalismus zu verzeichnen, sofern der klassische Neoliberalismus inzwischen als Projekt der Umverteilung von unten nach oben identifizierbar ist und der moderatere sozialdemokratische Neoliberalismus nach erfolgten »Reformen« signifikant an Glaubwürdigkeit eingebüßt habe. Zwar wird mit dieser Beobachtung zugestanden, dass der Neoliberalismus an Überzeugungskraft verloren habe und sich »Risse in der hegemonialen Apparatur« andeuteten, diese dürften aber keineswegs mit einem »Hegemonieverlust« (2008: 308) des Neoliberalismus gleichgesetzt werden. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt Ulrich Brand, der gleichfalls davon ausgeht, dass neoliberale Diskurse erfolgreich in den Alltagsverstand und die Subjektivierungstechnologien eingegangen seien, worin »eine der zentralen Stabilitätsreserven des neoliberalen Kapitalismus« bestehe (Brand 2005: 40). Andererseits würden gerade die Proteste sozialer Bewegungen – allen voran die globalisie-

rungskritische »Bewegung der Bewegungen« – symptomatisch auf »Risse in hegemonialen Konstellationen« (2008: 325) verweisen. Damit könnte ein Indikator des Konsensverlusts benannt sein bzw. einer, wie Brand es nennt, »Dyshegemonie« (324), die das Ergebnis misslingender Regulation sei.

Auf der anderen Seite wurde besonders von Alex Demirovic die These von der Hegemonie des Neoliberalismus offen angezweifelt. Demirovic bestreitet, dass der Neoliberalismus nach wie vor die Universalisierung des Projekts des Bürgertums betreibe. Viel eher konstituiere er die bürgerliche Klasse neu, indem er sie aus dem fordistischen Klassenkompromiss herauslöse und erneut eine ökonomisch-korporative Phase durchlaufen lasse. Die unmittelbaren Gewinninteressen würden nunmehr nahezu ohne Zugeständnisse verfolgt (2008: 18), die als zu kostenintensiv betrachtet werden. Stattdessen vollziehe sich Herrschaft »eher mit ökonomischen Sachzwängen, also dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse, mit der Kontingenz und den Ängsten vieler Menschen«, also qua Prekarisierung, sowie durch »Rückgriffe auf private und öffentliche Sicherheitsdispositive und zeitlich, räumlich und sozial flexibel gehandhabte Ausnahmezustände« (ebd.). Der Neoliberalismus verzichte so freiwillig auf Hegemonie – und damit auf Universalisierung, Konsens- und Kompromissbildung, sowie das Generieren von Zustimmung –, indem er gleichsam die Abkürzung über den Zwang nehme, bzw. über Herrschaft in Form von »Dominanz, Angst und *Governance*« (29). Demirovic bringt vor allem drei Argumente ins Spiel, die in seinen Augen dagegen sprechen, dass der Neoliberalismus hegemonial ist. Sie hängen mit der Art und Weise zusammen, in welcher der Neoliberalismus viele andere ideologische Elemente in seine Äquivalenzkette eingliedert. So verbinde sich erstens der Neoliberalismus mit anderen Ideologien »offenkundig nur ›mechanisch‹, oberflächlich und punktuell, weshalb sich die Verbindungen schnell wieder auflösen« (22). Zweitens gehe der Neoliberalismus keinen Kompromiss mit den subalternen Klassen und ihren Ideologemen ein, d.h. er verbinde sich nicht zu einem ideologischen neuen Ganzen, sondern sei »im Gegenteil eine Kampfansage an alle, die kein Eigentum an Produktionsmitteln haben, eine Ideologie der Zumutungen an die Beherrschten, die auf Verzicht, Verarmung, verschärfte Ausbeutung, Unterwerfung und Botmäßigkeit in allen Aspekten des Lebens zielt«. Drittens sei der Neoliberalismus »eher durch ein mechanisches Verhältnis zu den anderen Ideologien der Herrschenden gekennzeichnet«, die einander äußerlich blieben und sich nur in manchen Aspekten wie der gemeinsamen Kritik an Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat trafen, während »[z]ahlreiche Umfragen belegen, dass es Mehrheiten für starke Gewerkschaften, die Beibehaltung der Mitbestimmung und den Fortbestand des Wohlfahrtsstaates gibt« (ebd.). Eigentlichen Rückhalt besitze der Neoliberalismus nur bei seinen eigenen Kohorten, den Unternehmern und Managern, also innerhalb der bürgerlichen Klasse selbst.

Es ist hier kein Raum – und auch nicht der Ort –, um diese Diskussion im Detail zu führen. Ein Teil der Beobachtungen von Demirovic können sicher eine gewisse Plausibilität in Anspruch nehmen. Die supplementäre Festigung der neoliberalen Ideologie durch Angst-, Disziplinar- und Überwachungsdispositive, also letztlich durch einen Aspekt des *Zwangs* ist unbestreitbar, allerdings ist fraglich, ob es je eine hegemoniale Formation gab, die nicht auf diesen Aspekt zurückgriff. Bereits mit der Formel Gramscis von »Hegemonie gepanzert mit Zwang« wird ja die Untrennbarkeit dieser beiden Seiten von Herrschaft postuliert. Zugleich wird man Demirovic zustimmen, dass Jahrzehnte neoliberaler Diskurshegemonie über die Massenmedien, in deren Polit-Talk-Shows kaum noch andere als neoliberale Reformpositionen zu Wort kamen, sich als mäßig erfolgreich erwiesen haben, wenn es darum geht, bei der Bevölkerung breite Zustimmung zum Abbau sozialer Sicherungssysteme zu rekrutieren. Man könnte vermuten, dass das Elitenprogramm neoliberaler *think tanks* tatsächlich einer behavioristischen und damit fehlgeleiteten Propagandathese aufsitzt, wenn geglaubt wird, die Vereinnahmung der Eliten, d.h. intellektueller Multiplikatoren, und die »Steuerung« der Bevölkerung »von oben« wären hinreichend zur Rekrutierung von Konsens und Zustimmung.<sup>18</sup> Eine die These von der Hegemonie des Neoliberalismus anzweifelnde Position könnte darüber hinaus zurecht geltend machen, dass Gramsci zufolge auch ökonomische Zugeständnisse an die Massen notwendig sind, um Hegemonie zu gewinnen. Davon ist bei sinkenden Reallöhnen und der Privatisierung von Vorsorgeleistungen, die dem Einzelnen zunehmende finanzielle Anstrengungen abverlangen, immer weniger die Rede. Es könnte also durchaus zutreffen, dass der Neoliberalismus Konsens und freiwillige Zustimmung in geringerem Ausmaß produziert, als man es aufgrund seiner Diskurshegemonie annehmen möchte. Doch stellt sich andererseits die Frage, ob die neoliberale Hegemonie sich nicht womöglich in diffizilerer Weise ausdrückt. Denn Bestandteil der hegemonialen Formation sind Subjektivierungstechnologien, die kaum jemanden unberührt lassen und auf dieser Ebene der Subjektivierung einen wohl viel nachhaltigeren »Sickereffekt« haben, als ihn Umfragen zur Einstellung der Bevölkerung zu neoliberalen Reformen je abfragen könnten. Die unablässigen neoliberalen Anrufungen – und zwar nicht nur in den Massenmedien, sondern im Alltag der Menschen, in der Werbung, in den Lebensratgebern etc. – würden auf der Ebene der Selbstsubjektivierung durchaus eine Form unbewusster Zustimmung erzeugen.

Obwohl manche Aspekte von Demirovic' Kritik plausibel scheinen, wird die Kritik letztlich dadurch relativiert, dass sie auf einem *eingeschränkten Hegemo-*

---

**18** | Nach Ptak (2008: 77) werde in der Strategiebildung der Neoliberalen den »Lehrer/innen, Journalist(inn)en, Fernseh- und Radiomoderator(inn)en, Geistlichen, Schriftsteller/innen, Künstler/innen und Schauspieler/innen« die Aufgabe zugewiesen, »die neoliberalen Botschaften unters Volk zu bringen.«

*niebegriff* beruht. Denn nach Demirovic sei mit Hegemonie gemeint, »dass das Bürgertum darauf zielt, sich zu verallgemeinern« (18). Nur wenn man einen restriktiven Hegemoniebegriff anlegt, mit dem Hegemonie als exklusive Politikform einer bestimmten Klasse definiert wird, lässt sich das Verhältnis von Hegemonie und Zwang als Nullsummenspiel zwischen den beiden wesentlichen Herrschaftsstrategien des Bürgertums beschreiben. Wird Hegemonie hingegen als für alle Spieler gültige allgemeine »Logik« integraler Politik verstanden, dann ist die Gleichung komplizierter und enthält wesentlich mehr Variablen, die nicht notwendigerweise von der Kategorie der sozialen Klasse erfasst werden. Erst ein solch verallgemeinerter Hegemoniebegriff könnte erklären, weshalb eine bestimmte hegemoniale Formation aus – unbeabsichtigten – Konvergenzen zwischen z.B. gegenhegemonialer Sozial- und Künstlerkritik, einem neoliberalen Hegemonialprojekt und vielen anderen Faktoren hervorgeht, die erst in ihrer Gesamtartikulation die hegemoniale Formation in – wenn auch immer brüchigen – Zement gießen. Aus Perspektive der diskursanalytischen Hegemonietheorie beschreibe »Hegemonie« nicht die Politikweise eines bestimmten Akteurs innerhalb dieser Gleichung, sondern die politische Artikulationsform (die »unmögliche« Dialektik von partikularem Projekt und universalem Anspruch), die die Handlungen aller beteiligten Akteure bestimmt. Somit wäre die Seite des »Zwangs« oder der Strafe auch nicht als *Gegensatz* zu Hegemonie bestimmt, sondern vielmehr als Supplement eines integralen Politikbegriffs.

Wenn ein auf das bürgerliche Klassenprojekt beschränkter Hegemoniebegriff verfolgt wird, dann ist dies einem problematischen Historizismus geschuldet, der die heute maßgebliche Logik von Politik nach wie vor von ihrem bescheidenen historischen Inzeptionsmoment her konzeptualisiert. Denn natürlich lässt sich argumentieren, dass Hegemonie (im Sinne der Erringung von Konsens und freiwilliger Zustimmung) die präferierte Politikform des Bürgertums in der frühen Phase seiner – mit Gramsci gesprochen – *Staatswerdung* war, also der Phase der Durchsetzung des bürgerlichen Herrschaftsanspruchs zuerst in der Zivilgesellschaft und dann in den politischen Staatsapparaten. In diesem Prozess »übernimmt« das Bürgertum nicht etwa den (erweiterten oder integralen) Staat, sondern es *wird* Staat. Damit ist aber nicht gesagt, dass nach Aufgehen des Bürgertums in Zivilgesellschaft und Staat, d.h. nach gelungener Universalisierung des eigenen Projekts, die Politikform der Hegemonie exklusiv bürgerlich bliebe. Hegemonie wird, wenn man so will, zu *the rule of the game* aller Politik, d.h. zugleich: jeder politischen Artikulationsform innerhalb *und außerhalb* des politischen Systems. Die Voraussetzung für diese Ausweitung von Hegemonie zur universalen Politikform wird von Laclau und Mouffe nun an zwei historischen Entwicklungen festgemacht: die eine, »innerpolitische« Voraussetzung besteht in der »demokratischen Revolution« und der Etablierung des Prinzips politischer Gleichheit/Äquivalenz als imaginärer Horizont

der westlichen Gesellschaften; die andere, quasi-ökonomische besteht in den dislozierenden Auswirkungen kapitalistischer Akkumulation auf traditionale Sozialverhältnisse, was einstmals traditional fixierte Elemente politisch verfügbar macht und den Spielraum für hegemoniale Reartikulationsversuche enorm erweitert. Die Diskussion dieser beiden historischen Voraussetzungen von Hegemonie als integraler Politikform wird es uns ermöglichen, die Frage nach der Genealogie der Prekarisierungsgesellschaft aus diskursheoretischer Perspektive neu in den Blick zu bekommen und so das Verhältnis von Prekarität und Protest als Verhältnis von Dislozierung und integraler Politik schärfer zu bestimmen.

## 2.4 ZUR GENEALOGIE DER PREKARISIERUNGSGESELLSCHAFT: DEMOKRATISCHER HORIZONT UND KAPITALISTISCHE DISLOZIERUNG

Mit der »demokratischen Revolution«, worunter von Laclau und Mouffe im Anschluss an Claude Lefort (1990) bzw. Tocqueville die französische Revolution von 1789ff. zu verstehen ist, wurde ein imaginärer legitimatorischer Ansatzpunkt für die Ausweitung und Pluralisierung sozialer Kämpfe und damit der Logik von Hegemonie als maßgeblicher Politikform etabliert. Die demokratische Revolution läutete das Ende einer Gesellschaft ein, in der, idealtypisch beschrieben, die hierarchische und nicht-egalitäre Struktur gesellschaftlicher Ordnung in einem transzendenten göttlichen Willen gegründet schien. Das Bild dieser Gesellschaft war das einer Totalität aus differentiellen Positionen von Individuen, die an ihren Platz gebunden waren, was auch das Politikverständnis bestimmte. Denn »solange eine holistische Art und Weise der Einrichtung des Sozialen vorherrschte, konnte Politik nicht mehr sein als die Wiederholung hierarchischer Verhältnisse« (Laclau/Mouffe 1991: 214). Mit der demokratischen Revolution brach sich eine entscheidende Veränderung des politischen Imaginären Bahn, die zur zunehmenden Dislozierung dieser fixierten Differenzstruktur beitrug.

Dabei handelte es sich um einen Vorgang diskursiver, Claude Lefort würde sagen: symbolischer Natur. Lefort zufolge fand im Moment der demokratischen Revolution – als das monarchische Dispositiv zum »demokratischen Dispositiv« wurde – eine Mutation auf der Bühne der Macht statt. Im monarchischen Dispositiv verwies die Macht »auf einen unbedingten, außerweltlichen Pol«, während der König den »Garanten und Repräsentanten der Einheit des Königreichs« darstellte (Lefort 1990: 292). Der König war in der Lage, diese Rolle auszufüllen, da er – so Lefort mit Bezug auf Kantorowicz' (1957) Darstellung der mittelalterlichen Theorie von den beiden Körpern des Königs – mit *zwei Körpern* ausgestattet war. Das *Ancien Régime* repräsentierte sich im Bild des Körpers des Monarchen, der in Analogie zum *corpus Christi* gedacht wurde, als geteilt

in einen irdischen, sterblichen Körper und einen himmlischen, unsterblichen, kollektiven Körper, der die Einheit des Königreichs legitimierte. Seine beiden Körper erlaubten es dem Monarchen, zwischen der Sphäre der Immanenz (der »Erde« bzw. Gesellschaft) und jener der Transzendenz (der göttlich verbürgten Legitimität der sozialen Ordnung) zu vermitteln. Einerseits gehörte der Körper des Monarchen einer Sphäre *außerhalb* der Gesellschaft an, andererseits lag hierin der Grund, warum Gesellschaft ihre imaginäre »organische« Einheit auf seinen Körper projizierte. Dieser stand – als Synekdoche – für den Körper der mystischen Gemeinschaft des gesamten Königreichs. Die durch die zwei Körper des Königs ermöglichte Verknüpfung zwischen dem Irdischen und dem transzendenten Legitimationsgrund von Gesellschaft wird im Moment der Disinkorporation des Königs gekappt. Mit der Guillotinerung von Louis XVI wurde daher nicht nur die Köpfung seines irdischen Körpers, sondern auch und besonders die Disinkorporation seines mystischen, transzendenten Körpers inszeniert. Sie wird den symbolischen Ort der Macht leer hinterlassen und das Band zwischen der Gesellschaft und ihrem transzendenten Legitimationsgrund durchtrennen.<sup>19</sup>

Damit von Demokratie die Rede sein kann, muss die Leere des Ortes der Macht *institutionell* anerkannt werden. Das demokratische Dispositiv muss einen institutionellen Rahmen bereitstellen, der Akzeptanz bezüglich der Grundlosigkeit des Sozialen garantiert. Diese Entleerung des Ortes der Macht wird, Lefort zufolge, begleitet von der Entknüpfung der Sphären der Macht, des Rechts und des Wissens. Die ent-ortete Macht ist auf dauernder Suche nach ihrer eigenen Legitimationsbasis, da auch die Prinzipien der Gerechtigkeit und des Wissens (Wahrheit), nicht länger von der Person des Herrscher inkorporiert werden (1988: 17-18). Die Grenzen zwischen den Handlungssphären der Macht, des Rechts und des Wissens, die im Zuge ihrer Autonomisierung ihre eigenen Normen und Legitimitätsprinzipien entwickelt haben, werden daher im demokratischen Dispositiv anerkannt. Dies wird nicht zuletzt ermöglicht durch die Abtrennung einer Zivilgesellschaft vom Staat. In einem weiteren Schritt entsteht in dem auf diese Weise gerissenen Spalt zwischen Zivilgesellschaft und Staat ein öffentlicher Raum, in dem keine Monarchen, Mehrheiten oder Richter entscheiden können, welche bestimmte Debatte als legitim und

---

**19** | Doch obwohl Macht in diesem Augenblick von jedem positiven oder substantiellen Inhalt befreit wird, verschwindet sie nicht als eine Dimension des Sozialen: »Vielmehr ist sie weiterhin jene Instanz, kraft derer die Gesellschaft sich in ihrer Einheit erfährt und sich in Zeit und Raum auf sich selbst bezieht. Allerdings wird die Machtinstanz nicht mehr auf einen unbedingten Pol zurückbezogen. In diesem Sinne markiert sie eine Spaltung zwischen dem gesellschaftlichen *Innen* und *Außen*, die zugleich deren Beziehung begründet. Stillschweigend gibt sie sich so als rein symbolische Instanz zu erkennen« (Lefort 1990: 293).

welche als nicht-legitim gilt. Demokratie sei auf der Legitimität der Debatte um das Legitime bzw. Illegitime gegründet (1988: 39). Dass diese Debatte, die den öffentlichen Raum formt, unabstellbar ist, das wurde nun durch die Erklärung der Menschenrechte sichergestellt (Gauchet 1991).

Der Begriff der Menschenrechte deutet auf ein Territorium, das aufgrund der Entknüpfung von Macht, Recht und Wissen jenseits des Einflussbereiches der Macht angesiedelt ist. Die Menschenrechte werden innerhalb und durch die Zivilgesellschaft selbst erklärt und sind Bestandteil ihrer Autoinstitutionalisierung. Sie konstituieren keinen neuen transzendenten Fixpunkt und bestehen aus keiner angebbaren Reihe prä-etablierter ewiger Prinzipien, sondern sind auf charakteristische Weise inhaltsoffen. Obwohl die universelle Instanz der Menschenrechte alle partikularen, bereits etablierten positiven Rechte potentieller Kritik und Revision aussetzt, garantiert sie doch, dass *ein* Recht nicht in Frage gestellt wird: das *Recht, Rechte zu haben*, wie Lefort (1986: 258) in Anlehnung an Hannah Arendt formuliert. Einmal anerkannt, erlauben es die Menschenrechte immer mehr sozialen Gruppen, ihr Recht auf Rechte einzufordern. Leforts Pointe ist, dass die Ausweitung des Einzugsgebiets der Menschenrechte auf immer weitere Gruppen für die Existenz von Demokratie von unabdingbarer Notwendigkeit ist. Der andauernde Ruf nach Inklusion weiterer Gruppen (man denke an die heutigen Kämpfe, etwa um die Rechte von Homosexuellen, Arbeitslosen oder Papierlosen) in die Kategorie des Rechts auf Rechte generiert Demokratie immer aufs Neue. Dieses generative Prinzip des Kampfes um weitere Inklusionen in einen sich ausdehnenden Raum, der ursprünglich durch die Erklärung der Menschenrechte eröffnet worden war, ist offensichtlich konfliktorischer Natur und wird daher von der *Institutionalisierung des Konflikts* in der Demokratie begleitet (Lefort/Gauchet 1990).

An diesem Punkt setzen Laclau und Mouffe an, indem sie das Lefort'sche Modell um die diskursanalytische Kategorie der Äquivalenz erweitern: Es sei die über den demokratischen Diskurs und den Diskurs der Menschenrechte ins Spiel gebrachte Logik der Äquivalenz, die es unterschiedlichen Gruppen erlaube, gegen Ungleichheiten anzugehen, etwa indem sie demokratische Gleichheit nicht ausschließlich als Gleichheit zwischen männlichen Wahlbürgern definieren (Mary Wollstonecrafts Forderung nach Einschluss der Frauen in das Prinzip demokratischer Äquivalenz ist hierfür eines der frühesten Beispiele, ein anderes wäre die »Verschwörung der Gleichen« Babeufs, die auf die Ausweitung bürgerlicher Gleichheit auf soziale und ökonomische Gleichheit zielte und damit zum Vorläufer sozialistischer und kommunistischer Diskurse wurde). Diese Kämpfe haben allerdings eine Voraussetzung. Es muss sich

zuerst das demokratische Prinzip der Freiheit und Gleichheit als neue Matrix des sozialen Imaginären durchsetzen beziehungsweise, in unserer Terminologie, einen fundamentalen Knotenpunkt in der Konstruktion des Politischen bilden. Diese entscheidende

Veränderung im politischen Imaginären westlicher Gesellschaften fand vor zweihundert Jahren statt und kann dahingehend bestimmt werden, daß die Logik der Äquivalenz in das grundlegende Instrument der Produktion des Sozialen transformiert wurde. (Laclau/Mouffe 1991: 214).

Diese Beobachtung schließt zwei für unsere Frage nach den historischen Wurzeln integraler Politik relevante Aspekte ein: Erstens wurde mit der Ausdehnung des demokratischen Prinzips der Äquivalenz zum allgemeinen Imaginären zugleich jene Politikform ausgedehnt, die wir als Hegemonie bezeichnet hatten. Denn im Kern besteht Hegemonie, wie gesagt, in der konflikthaften Errichtung eines (immer prekären) Entsprechungs- oder Inkarnationsverhältnisses zwischen einem partikularen Akteur und einem universellen Anspruch. Der Ort des Universellen bleibt aber gerade deshalb zwischen einer Vielzahl partikularer Hegemonialprojekte umkämpft, weil er legitimerweise von keinem einzelnen auf Dauer in Besitz genommen werden kann. Die durch das demokratische Dispositiv instituierte Entleerung des Ortes der Macht erweist sich somit als historische Vorbedingung für die Ausweitung der hegemonialen Logik. Darüber hinaus wird mit dem über die Menschenrechte abgesicherten Prinzip der demokratischen Gleichheit ein neues Legitimitätsprinzip instituiert, das politischen Akteuren auferlegt, ihre Partikularinteressen in verallgemeinerungsfähiger Form zu formulieren, was ebenfalls die Ausweitung der hegemonialen Logik begünstigt. Zweitens führt die Etablierung des demokratischen Prinzips der Äquivalenz zur Dislozierung traditionaler Sozialverhältnisse, die ja als weitgehend fixierte Differenzstrukturen definiert wurden. Die differentielle Logik, die den sozialen Raum in hierarchisch geordnete Kasten oder Stände unterteilt, wird durch das neue Prinzip der Äquivalenz subvertiert, wenn nicht offen in Frage gestellt. Im Zuge der demokratischen Revolution wird es immer schwieriger, »Unterordnungsverhältnisse als geschlossenes System von Differenzen zu konstituieren« (Laclau/Mouffe 1991: 216). Wenn sich im Zuge der französischen Revolution also der Dritte Stand selbst zur Gesamtnation erklärt, dann durchkreuzt er die Differenzstruktur des spätfeudalen Systems der Stände und übernimmt zugleich – in einer typisch hegemonialen Bewegung – als partikularer Akteur die Repräsentation der Universalität des gesamten Gemeinwesens.

Aus der gerade dargelegten Perspektive erscheint Dislozierung als Effekt eines Prozesses zunehmender Politisierung (d.h. der Ausweitung der Logik von Hegemonie), die ermöglicht wurde durch das »innerpolitische« Ereignis der demokratischen Revolution, in der sich selbstverständlich – soviel ist Demirovic zuzugestehen – der Emanzipationsprozess des Bürgertums symbolisch verdichtete. Zugleich konnte aber gezeigt werden, dass das Bürgertum die Effekte, die seine politische Emanzipation mithilfe der Prinzipien allgemeiner Freiheit und Gleichheit ausgelöst hatte, selbst nicht unter Kontrolle halten konnte. Sie wur-

den zum Ansatzpunkt für neu auftretende Kämpfe jenseits der kleinen Gruppe besitzender, männlicher Wahlbürger – ursprünglich vor allem der Frauen und der Arbeiter, später der neuen sozialen Bewegungen. Neben der Errichtung eines neuen politischen Imaginären fällt für Laclau nun ein zweiter Aspekt ins Gewicht: So wurde die Dislozierung traditionaler Verhältnisse, einer stärker der marxistischen Tradition verpflichteten These Laclaus zufolge, durch die kapitalistischen Verhältnisse selbst vorangetrieben. Besonders wird von Laclau die Ambivalenz der zwischen Destruktion und Emanzipation schwankenden Dislozierungseffekte des Kapitalismus – das Verdampfen alles »Ständischen und Stehenden« – betont, die bereits Marx diagnostiziert hatte. Auch sie führen zur Ausweitung des Spielraums von Politik. So wurden zwar das Leben und die Identität der Arbeiter im frühen Kapitalismus durch die Zerstörung traditioneller Gemeinschaften, die strenge Fabrikdisziplin, niedrige Löhne und Arbeitsunsicherheit disloziert, doch hätten sich die Arbeiter dem »unkontrollierten dislokatorischen Rhythmus des Kapitalismus« (Laclau 1990: 39) nicht passiv ergeben, sondern hätten Maschinen gestürmt, Gewerkschaften gegründet und gestreikt. Die elementaren Bedingungen des Überlebens erschienen nun als politisch erkämpft und nicht als durch eine traditionale Ordnung garantiert. Auf diese Weise wurde die Geschichtlichkeit und Konstruiertheit sozialer Bedingungen zunehmend bewußt: »Society appeared more and more like an order constructed by men« (39).

Eine ähnliche Teilrehabilitierung erfahren die berühmten apokalyptischen Reiter marxistischer Ideologiekritik: Kommodifizierung, Bürokratisierung und Entfremdung. Auch durch sie entstehen ambivalente Dislozierungseffekte, die neue Kämpfe anstoßen können und den Raum der Politik erweitern. Der klassischen Kommodifizierungsthese zufolge unterwirft der Kapitalismus immer weitere Bereiche des sozialen Lebens dem Warenverhältnis, was dazu führt, dass die Menschen seinem Zugriff immer ungeschützter ausgesetzt sind und die Arbeiterklasse in das System inkorporiert wird. Zwar stimmt Laclau der Einschätzung zu, dass das Kommodifizierungsphänomen vielen Dislokationen traditionaler Verhältnisse zugrunde liegt, er verweigert sich aber den pessimistischen Schlussfolgerungen etwa eines Adorno. Auf die negativen Folgen der Kommodifizierung reagieren nämlich eine Vielzahl lokaler wie nationaler Organisationen (etwa Konsumentenorganisationen), die für die Regulation oder die soziale Kontrolle der Märkte eintreten. Gegenüber vormodernen Verhältnissen geht mit allen negativen Aspekten von Kommodifizierung zumindest die positive Nebenfolge einher, dass soziale Verhältnisse als konstruiert und kontingent (also rekonstruierbar) erfahrbar werden:

Only a nostalgia for traditional social relations can maintain an exclusively pessimistic vision of this process. And it is worth remembering that the world broken up by capitalist expansion was far from idyllic and was the source of many relations of subordination.

More crucially still, a world organized around traditional social relations is one in which the possibilities of variation and transformation are strictly limited: human beings cannot choose and build their own life because it has already been organized for them by a pre-existent social system. The dislocation of social relations, on the other hand – generated by a phenomenon such as commodification – provokes acts of resistance which launch new social actors into the historical arena; and the new actors, precisely because they are moving on a dislocated terrain, must constantly reinvent their own social forms. (Laclau 1990: 52)

Ähnlich ambivalent ist die zunehmende administrative Kontrolle und bürokratische Rationalisierung heutiger Gesellschaften, wie sie nicht zuletzt von Max Weber diagnostiziert wurde. Einerseits errichtet sie jenes »stahlharte Gehäuse«, von dem schon bei Weber die Rede ist, andererseits disloziert bürokratische Rationalisierung ältere Machtverhältnisse, indem sie auf bewusste Weise in sedimentierte traditionale Praxen interveniert und damit deren Kontingenz und (Re-)Konstruierbarkeit sichtbar macht. Laclau geht so weit, sogar von einer »bürokratischen Revolution« zu sprechen (54). Würde bürokratischer Rationalität zu Webers Zeiten aus diesem Grund noch geradezu Allmacht unterstellt, so wird sie heute von zwei gegenläufigen Entwicklungen in Frage gestellt, ja demystifiziert. Durch die Internationalisierung und Globalisierung der Ökonomien und politischen Strukturen werden nämlich die nationalstaatlichen Bürokratien geschwächt und können ihre Funktion als ein zentraler Machtknotenpunkt immer weniger ausfüllen. Darüber hinaus trifft Bürokratie auf soziale Kräfte, die sich ihr widersetzen, ohne dass diese auf internationalisiertem Terrain die Rückkehr zu traditionellen, »prä-bürokratischen« Ordnungsverhältnissen erzwingen könnten. Das führt zu einer Situation, in der sich ausgehend von einer Vielzahl von Machtzentren Spielräume für alternative Formen der Rationalisierung von Traditionen, Ritualen und Gewohnheiten eröffnen. Ist durch die »bürokratische Revolution« einmal ein neues Bewusstsein der Planbarkeit sozialer Abläufe entstanden, kann dieses nicht für immer von der Planbarkeitsvorstellung bürokratischer Rationalität monopolisiert werden; andere Formen der Planung, darunter demokratische und partizipatorische werden prinzipiell denkbar. Ebenso verhält es sich unter kapitalistischen Bedingungen mit der Entfremdung des unmittelbaren Produzenten von seinem Arbeitsprodukt. Durch die technologische Industrialisierung, so die traditionsmarxistische Ausgangsthese, wurden die Arbeiter von ihren Produkten und zugleich von ihren ursprünglichen Fähigkeiten und Kenntnissen entfremdet. Dass in den Großindustrien aber der Produktionsprozess von seiner Abhängigkeit vom direkten Produzenten befreit wurde (und ihm letztlich keine biologischen, sondern nur technologische Grenzen gesetzt sind), mache deutlich, dass der Produktionsprozess wiederum nicht naturgegeben ist, sondern von Entscheidungen gesteuert wird. Zwar würden diese Entscheidungen von Kapitalisten getroffen,

als Entscheidungen könnten sie unter entsprechenden politischen Bedingungen aber auch auf Organisationsformen des sozialen oder demokratischen Managements des Produktionsprozesses übergehen. Zumindest potentiell könne die kapitalistische Befreiung von der Begrenztheit direkter Produktion auf die Gemeinschaft als ganze übergehen: »What the direct producer loses in individual autonomy, s/he more than gains as a member of a community« (55).

Alle drei Dislozierungsphänomene – Kommodifizierung, Bürokratisierung und Entfremdung – erweisen sich in ihren Effekten als zweiseitig, wobei Laclau durchgehend dazu tendiert, das emanzipatorische Potential von Dislozierung zu betonen. Denn es sind gerade diese kapitalistischen Dislozierungen, Hand in Hand mit der Etablierung eines demokratischen imaginären Horizonts, die emanzipatorischen Kämpfen neue Spielräume eröffnen und zugleich die Logik der Hegemonie als integraler Politikform auf immer größere Bereiche des Sozialen ausdehnen. Welche Schlüsse lassen sich daraus bezüglich der Frage nach der Genealogie der Prekarisierungsgesellschaft ziehen? Festgehalten werden muss, dass die erwähnten Dislozierungsphänomene für die demokratische bzw. die kapitalistische Moderne schlechthin maßgebend sind, weshalb sie kein Unterscheidungskriterium bereitstellen, das uns erlauben würde, die Spezifik der Prekarisierungsgesellschaft, von der ja erst seit der Desintegration des Fordismus zu sprechen ist, zu ermitteln. Zwar betreffen solche Phänomene wie das der Kommodifizierung auch die Prekarisierungsgesellschaft (womöglich in stärkerem Ausmaß als je zuvor), erforderlich wäre jedoch eine Beschreibung jener spezifischen Dislozierungen, die mit der Passage vom Fordismus zum Postfordismus einhergehen. Obwohl sich in den Arbeiten Laclaus und Mouffes hierzu relativ wenige Hinweise finden, lassen sich aus ihrer Fordismus-Analyse und aus Laclaus Diskussion der heutigen Phase eines »*disorganized capitalism*« die entsprechenden Spezifika extrapolieren.

Ihre Fordismus-Analyse lehnen Laclau und Mouffe eng an die Regulations- theorie Agliettas an, indem sie »vom ökonomischen Standpunkt aus« (Laclau/ Mouffe 1991: 220) die Entstehung der neuen hegemonialen Formation der Nachkriegszeit als »Artikulation zwischen einem um das halbautomatische Fließband herum organisierten Arbeitsprozeß und einer Konsumtionsweise, die durch den individuellen Erwerb von Waren, die im großen Umfang für die private Konsumtion produziert werden« (221), beschreiben. Dabei wird die Ambivalenz des keynesianischen Wohlfahrtsstaat von Laclau und Mouffe hervorgehoben, denn einerseits war er notwendig geworden, »um eine Reihe von Funktionen auszuführen, die von dem neuen kapitalistischen Akkumulationsregime verlangt wurden«, andererseits entsprang er einem Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit und war folglich »das Resultat von Kämpfen gegen die vom Kapitalismus erzeugten Veränderungen in den sozialen Verhältnissen« (222). Auch in ihrer Fordismus-Analyse findet sich also eine doppelte Herleitung hegemonialer Formationen von einerseits politischen Kämpfen und andererseits

kapitalistischen Akkumulationserfordernissen, wobei Laclau und Mouffe abermals die politisierende Wirkung der fordistischen Staatsinterventionen betonen. Indem immer weitere, ehemals als »privat« erachtete Verhältnisse neuen Überwachungs- und Regulationstechnologien unterworfen werden, verschiebt sich zugleich die Grenze zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten und wird ihrerseits zum Ort sozialer Grenzziehungskämpfe.<sup>20</sup> So wurde auch der Fordismus zum Ausgangspunkt neuer Antagonismen. Daraus lässt sich schließen, dass Laclau und Mouffe – ähnlich wie die Postoperaisten oder Boltanski/Chiapello – sozialen Kämpfen eine wesentliche Rolle in der »Überwindung« oder zumindest Dislozierung des Fordismus zumessen.

Was viele Regulationstheoretiker als Postfordismus bezeichnen würden, wird von Laclau hingegen mit dem von Lash und Urry (1987) bzw. Claus Offe (Offe/Keane 1985) übernommenen Begriff »disorganized capitalism« beschrieben. Im Unterschied zum »organisierten Kapitalismus« des Fordismus ist der Kapitalismus in der Phase seiner »Desorganisation« durch die Internationalisierung und Dezentralisierung des Kapitals, flexible Organisationsformen, eine neue weltweite Arbeitsteilung, die Ausweitung des Dienstleistungssektors in den westlichen Ländern und die Auflösung korporatischer Verhandlungsstrukturen charakterisiert. Auch diese Abnahme der Organisierungs- bzw. Regulierungskapazität der Nationalstaaten eröffne emanzipatorische Chancen, indem sich neue, supranationale Räume für globale Protestbewegungen eröffneten (Laclau 1990: 59). Eine ausführlichere Darstellung des Postfordismus aus Perspektiv der Essex-School findet sich bei Torfing (1998), der durchaus konzediert, dass dem Studium der historischen Formen der Ökonomie bzw. der sozialen Reproduktion bislang in der Diskurstheorie zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde (Torfing 1999: 225). Nach Torfing geriet der Fordismus aus zwei Gründen an seine Grenzen: Einerseits traf er auf technologische Grenzen, die zu fallenden Wachstumsraten führten, andererseits wurde er in Form industrieller »Mikro-Konfliktualität« (238), also durch jene Arbeitskämpfe, die von den Operaisten so eindringlich beschrieben wurden, ausgehöhlt. Ausgehend von der regulationstheoretischen These Jessops von der Passage von einem keynesianischen *welfare regime* zu einem schumpeterianischen *workfare regime*, schlägt Torfing allerdings vor, die politische Logik hinter diesen Veränderungen noch schärfer als die Regulationstheorie zu fassen, um der Versuchung

---

**20** | Sie habe beispielsweise »die Zerstörung des Netzwerkes traditioneller Solidarität kommunitären oder familiären Typs« den Staat gezwungen, mit »verschiedenen ›sozialen Dienstleistungen‹ für die Kranken, die Arbeitslosen, die Alten usw. zu intervenieren«, während anderswo der Staat unter dem Druck von Arbeiterkämpfen interveniert habe, »um eine neue Arbeitspolitik zu garantieren (Mindestlohn, Länge des Arbeitstags, Unfall- und Arbeitslosenversicherung und Soziallohn)« (Laclau/Mouffe 1991: 22).

des Ökonomismus zu widerstehen. Mithilfe der Diskursanalyse könne dies in konkreten Analysen gelingen, denn:

The actual shifts in the mode of regulation are guided by discursive changes which are brought about by social forces engaged in hegemonic struggles over the authoritative response to societal dislocation. People act upon discursive constructions of the ›real world‹ rather than upon the hard facts themselves. Or, rather, they act upon what is constructed as facts in and through discourse. Moreover, our actions are not governed by a logic of consequence but rather by a logic of appropriates which is imbedded in discursive frameworks of meaning and knowledge as well as in sedimented forms of rules, norms and procedures. (Torfing 1999: 241)

Der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus wird durch diskursive Kämpfe angeleitet, die konfligierende Antworten auf Dislozierungserfahrungen anbieten. Das schließt Versuche zur Rekodierung der Diskurse des Alltagsverstands und der Vorstellungen vom »guten Leben« ein: Vollbeschäftigung als sozial akzeptierte Wertigkeitsvorstellung wird ersetzt durch die »Unternehmergesellschaft«, »Solidarität« wird ersetzt durch individualistische Werte wie »Unabhängigkeit«. Voraussetzung für eine solche Reartikulation bleibt freilich die Dislozierung – aus welchen Gründen auch immer – der relational fixierten Bedeutung der Elemente des fordistischen Diskurses. Zugleich sollte man sich davor hüten, den Dislozierungen bereits eine ihrer diskursiven Konstruktion vorausliegende *Bedeutung* zuzumessen. Eine Dislozierung erscheint als Krise oder gesellschaftliches Problem aufgrund ihrer umstrittenen diskursiven Konstruktion *als Krise*. Wo der hegemoniale Horizont von Dislozierungen aufgewirbelte Diskurselemente nicht länger in seinem Sinne fixieren kann, können umgekehrt nicht-hegemoniale Diskurse mit ihren Reartikulationsversuchen ansetzen und neue Äquivalenzketten zu bilden versuchen:

Economic and political problems are manifested in an interdiscursive field in which competing social forces seek to interpret them in terms of failures and crises understood from their own distinctive perspectives. Events which cannot be domesticated by the traditional discourses on the welfare state will tend to dislocate the socioeconomic framework of meaning (consider the devastating impact of stagflation on the Keynesian orthodoxy). The dislocation of the hegemonic discourses produces a growing number of floating signifiers and intensifies the political struggles between social forces who seek to redefine the subjects, objects and sites of regulation; to propose alternative societal paradigms; and to enter negotiations over the terms of a new compromise. The hegemonic struggles at the level of political discourse will lead to the formulation of a more or less adequate response to what is perceived to be the major sources of crisis and dislocation (i.e. to the structural pressures which are constructed as objective causes of necessary economic and political changes). (240)

Diese Überlegungen verweisen bereits auf den Beitrag, den diskursanalytische Untersuchungen zur Erklärung des Übergangs vom Fordismus zum Postfordismus leisten können. Torfing sieht diesen Übergang, ähnlich wie die Postoperaisten oder Boltanski/Chiapello, angeleitet durch eine überdeterminierte Konvergenz von Diskursen der Rechten mit solchen der Linken: in der Passage zum Postfordismus fließt die rechte Kritik am Versagen des Sicherheitsstaates und die neoliberale an der Ineffizienz staatlicher Bürokratie zusammen mit der linken Kritik am Versagen des Wohlfahrtsstaates, soziale und ökonomische Gleichstellung zu garantieren, sowie der linken Kritik an den entmächtigenden Effekten der Bürokratie. Schließlich trägt das diskursive Bedrohungsszenario von »staatlicher Finanzkrise«, »öffentlicher Schuldenlast« und einer »alternden europäischen Bevölkerung« zur Aushöhlung des keynesianischen Wohlfahrtsstaats bei (Torfing 1999: 239).

Da wir im folgenden Kapitel die theoretischen und methodologischen Prämissen der Diskursanalyse klären und das umkämpfte Terrain des Postfordismus am Beispiel des Diskurses der sogenannten Prekarisierungsbewegung stichprobenartig untersuchen wollen, bleibt an dieser Stelle festzuhalten, was aus der bisherigen Darstellung des hegemonietheoretischen Ansatzes zu extrapolieren ist: In der Hegemonietheorie der Essex School findet sich, abseits von diskursanalytischen Untersuchungen, keine ausführliche Beschreibung der Genealogie der Prekarisierungsgesellschaft, wie man sie etwa bei Boltanski/Chiapello finden würde. Das mindert die Erklärungsrelevanz der Hegemonietheorie aber keineswegs, denn sie stellt uns ein Konzept bereit, das die Effekte von Prekarisierung auf einer höheren sozialtheoretischen Ebene zu erklären hilft: das Konzept der Dislozierung. Laclau zufolge habe die Entwicklung der kapitalistischen Verhältnisse im Übergang von der liberalen Phase des 19. Jahrhunderts zur organisierten des 20. Jahrhunderts u.a. die erwähnten Formen der Dislozierung hervorgebracht (Kommodifikation, Bürokratisierung und Entfremdung). Manche dieser Formen, so ist zu schließen, verstärken sich im Übergang zum »disorganisierten Kapitalismus« (so etwa Kommodifizierung), während andere aufgrund der zunehmenden Globalisierung und der Abnahme der Bedeutung des Nationalstaats desintegrierten oder zumindest ihr Gesicht verändern (Bürokratisierung). Der kumulierte Effekt der gesamten Entwicklung scheint für Laclau aber in einer mehr oder weniger kontinuierlichen Ausweitung der »Zonen der Dislozierung« zu bestehen, d.h. in der von uns sogenannten Psychotisierung des Sozialen, der Auftrennung oder »Flexibilisierung« vormals fixiert und stabil scheinender Konfigurationen, die in der Prekarisierungsgesellschaft zur Angstneurotisierung der Individuen führt.

Diese strukturelle Dislozierung des Sozialen steht nun in direkt proportionalem Verhältnis zur Ausweitung der integralen Form von Politik, denn die »hegemoniale Dimension von Politik entfaltet sich nur in dem Maße, wie der offene, nicht-genähte Charakter des Sozialen zunimmt« (Laclau/Mouffe 1991:

197). In einer vormodernen, vornehmlich *differentiell* – d.h. z.B. segmentär oder stratifikatorisch – fixierten Sozialordnung besteht kein oder nur geringer Raum für die hegemoniale Form politischer Artikulation: »Genau deshalb wird die hegemoniale Form von Politik erst zu Beginn der Moderne dominant, wenn die Reproduktion der verschiedenen sozialen Bereiche unter sich permanent verändernden Bedingungen stattfindet, die beständig die Konstruktion neuer Differenzsysteme erfordern« (ebd.). Damit ist eine wesentliche, ja womöglich konterintuitive Implikation der Hegemonietheorie angesprochen: Wenn es denn zutrifft, dass die postfordistische Prekarisierungsgesellschaft einen wesentlich höheren Grad an sozialer Dislozierung aufweist als die fordistische, dann muss sie zugleich einen höheren Grad an *Politisierbarkeit* aufweisen, da eine vergleichsweise höhere Anzahl diskursiver Elementen für politische Neuartikulationen verfügbar werden. Wie Laclau am Beispiel der Dislozierungsquellen Kommodifizierung, Bürokratisierung und Entfremdung aufweist, können diese zum Exempel der Konstruierbarkeit und Planbarkeit sozialer Verhältnisse werden, das von gegenhegemonialer Seite aufgenommen werden kann. Ihre Dislozierungseffekte wiederum können Proteste freisetzen, denn auf einem dislozierten Terrain »gehen die Bedingungen und die Möglichkeit reinen Fixierens von Differenzen zurück; jede soziale Identität wird zum Schnittpunkt für eine Vielzahl artikulatorischer Praxen, von denen viele antagonistischen sind« (197). Zwar ist entscheidend, dass auch die Dislozierungsquellen, selbst wo sie scheinbar nur innerökonomischen Gesetzen folgen, ihrerseits durch hegemoniale Kämpfe angestoßen wurden (darunter Kämpfe »von oben«, wie wir sie am Hegemonialprojekt des Neoliberalismus beobachtet haben), dass jedoch die Dislozierungseffekte, die ein Hegemonialprojekt (oder ein Gegenhegemonialprojekt) hervorruft, nie vollständig von diesem unter Kontrolle gehalten, die freigesetzten Elemente nie vollständig reabsorbiert werden können. Sie werden zum Ansatzpunkt für neue Kämpfe, weshalb die postfordistische Gesellschaftsformation, und umso mehr die Prekarisierungsgesellschaft, auch als Bewegungsgesellschaft bezeichnet werden kann.<sup>21</sup>

## 2.5 EIN DOPPELTER TRANSFORMISMUS: HEGEMONIETHEORIE ALS INTEGRATIVE ERKLÄRUNGSMATRIX

Unsere Darstellung des Ansatzes der Hegemonietheorie hat sich also zur These verdichtet, dass neue hegemoniale Formationen durch soziale Kämpfe – sei es »von oben«, wie im Fall des Neoliberalismus, oder »von unten«, wie im Fall der Proteste gegen das fordistische Fabrikregime – formiert werden. Die Frage, ob Henne oder Ei, d.h. ökonomisch verursachter Dislozierung oder Politik ein

21 | Zum Panorama der Bewegungsgesellschaft vgl. Kapitel 12 in Marchart (2013b).

Primat zukommt, ergibt auf dieser Ebene der Analyse keinen Sinn.<sup>22</sup> Sie erweist sich deshalb als falsch gestellt, weil die Hegemonietheorie sowohl von einer Vorstellung *integraler Politik* als auch von einer solchen *integraler Ökonomie* ausgeht und die Idee zurückweist, es handle sich hierbei um klar abgrenzbare Sphären. Wenn die Hegemonietheorie in der Tradition der Essex School dennoch der Analyse politischer Kämpfe den Vorzug gibt, so nicht aufgrund irgendeines ontologischen Privilegs der Politik, das nur das ontologische Privileg, das der traditionelle Marxismus der Ökonomie zugesprochen hatte, in sein Spiegelbild verkehren würde, sondern weil diskursiv strukturierte politische Makroformationen ihren präferierten Untersuchungsgegenstand darstellen, also aufgrund der spezifischen Perspektive der diskursanalytischen Hegemonietheorie.

Diese Überlegung ermöglicht uns abschließend, einige Ergebnisse der Theorie-Triangulation des vorangegangenen Kapitels in die Matrix der Hegemonietheorie einzutragen. Tatsächlich wird sich vor dem Hintergrund der diskursanalytischen Hegemonietheorie ein innerer Zusammenhang zwischen den Phänomenen herstellen, die von den vier diskutierten Ansätzen beobachtet wurden:

Erstens ließ sich aus den vier Ansätzen übereinstimmend ein *umfassender Prekarisierungsbegriff* gewinnen. Prekarisierung erfuhr einen erheblichen Verallgemeinerungsschub. Von einer partikularen, auf bestimmte Lohnbeziehungen begrenzten Regulationsform wurde sie, in regulationstheoretischer Begrifflichkeit: zu einem zentralen Aspekt der postfordistischen Regulationsweise bzw. des gesellschaftlichen Paradigmas; in gouvernementalitätstheoretischer Begrifflichkeit: zu einem allgemeinen Unsicherheitsdispositiv und einer ihm entsprechenden Subjektivierungsform; in postoperaistischer Begrifflichkeit: zu einer *fabricca diffusa* der prekarisierenden Inwertsetzung aller Lebensbereiche innerhalb des Kognitiven Kapitalismus; in der Begrifflichkeit Boltanski/Chiappello: zum neuen kapitalistischen »Geist« der projektbasierten Polis. Anders gesagt, Prekarisierung umfasst nicht allein das Lohnarbeitsverhältnis, sondern zieht inzwischen die meisten anderen Lebensverhältnisse in Mitleidenschaft. Das würde zwar von Vertretern eines *weiten* Prekarisierungsbegriffs auch zugestanden, die Quelle des Problems – und damit auch seiner möglichen Lösung – würde aber an einem bestimmten topographischen Ort der Gesellschaft ausgemacht werden: letztlich in der Arbeitswelt, bzw. in der Flexibilisierung

---

**22** | Sinn ergibt sie, wie man im folgenden Kapitel sehen wird, nur auf Ebene der quasi-transzendentalen Konstruktionslogik von Diskursen im allgemeinen, denn dort erweist sich die Äquivalenzlogik des Antagonismus (der als diskurslogische Kategorie nicht mit konkreten historischen Kämpfen verwechselt werden sollte, ähnlich wie die Kategorie des Politischen nicht mit jener der Politik verwechselt werden sollte, sh. Marchart 2010a) als *konstitutive Voraussetzung* für die Etablierung und zugleich unumgehbare Dislozierung von Signifikationsystemen schlechthin.

und Entsicherung des Lohnverhältnisses und dem entsprechenden Dominoeffekt. Die hegemonietheoretische Perspektive geht hingegen davon aus, dass die Effekte verallgemeinerter Prekarisierung, haben sie einmal tendenziell alle sozialen Verhältnisse und die tiefsten Schichten der dominanten Subjektivierungsformen erfasst, sich gegenüber ihrem vermeintlichen Ursprung in der Regulierungsweise des Lohnverhältnisses verselbständigen. Es wäre daher zu kurz gegriffen, Prekarisierung als ein vornehmlich ökonomisches oder Veränderungen in der Akkumulationsweise geschuldetes Anpassungsphänomen der Regulation zu untersuchen. Dagegen spricht nicht nur, dass es gesellschaftsdiagnostisch zu kurz griffe und in lösungsorientierter Betrachtung eine sozialpolitische bzw. sozialarbeiterische Adjustierung im wohlfahrtsstaatlichen Sinne kaum Erfolg verspräche. Zwei theoretische Gründe sprechen dagegen: der Ansatz einer *integralen Politik* und die – wohlverstandene – These vom *Primat des Protests* bzw. der sozialen Kämpfe.

Denn legt man einen Ansatz *integraler Politik* an, verschiebt sich notwendigerweise die Perspektive auf das Phänomen der Prekarisierung. Wurde das topographische Gesellschaftsmodell mit seiner strikten Trennung zwischen Ökonomie, Politik, Ideologie etc. erst einmal aufgegeben, erscheint es höchst problematisch, nach einem »Ursprung« der Prekarisierung in der Ökonomie zu suchen, sofern diese ja immer schon durch außerökonomische Kräfte überdeterminiert war. Nicht umsonst stellt Laclau fest: »The conditions of existence of capitalist accumulation are provided by a set of factors which correspond to complex balances of forces – partly economic, of course, but also political, institutional and ideological« (Laclau 1990: 25). Boltanski und Chiapello wiederum verweisen zu Recht auf den normativen Legitimationsbedarf jeder Form kapitalistischer Akkumulation. Und eine vergleichbare Einschätzung findet sich aus regulationstheoretischer Perspektive etwa bei Brand (2005: 36): »Der Markt ist zuvorderst ein Herrschaftszusammenhang, der untrennbar ökonomisch, politisch und kulturell konstituiert ist«. So wie Akkumulation und Markt muss auch das Lohnverhältnis reguliert werden, sei es durch Stabilisierung oder durch Prekarisierung, was dessen Einbindung in die Gesamtheit einer Regulationsweise, einer normativen Rechtfertigungspolis und schließlich in die hegemoniale Formation eines gesellschaftlichen Paradigmas voraussetzt. Wenn sich letzteres aber nicht aus dem Inneren der Ökonomie heraus gebildet hat, wäre also nicht der vermeintliche Ursprung des Prekarisierungsphänomens oder eine bestimmte »Zone« (der Arbeitsverhältnisse) und deren Grenzgebiete zu untersuchen, sondern die vielfachen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse innerhalb der hegemonialen Gesellschaftsformation, die letztlich zu einer Verdrängung des fordistisch-keynesianischen Imaginären führten und ökonomische Verhältnisse genauso erfassen wie alle anderen.

Eine hegemonietheoretische Analyse wird dazu die sozialen Kämpfe in den Blick nehmen, die solche Transformationen vorangetrieben haben, denn hege-

moniale Projekte werden notwendigerweise gegen den Widerstand dominanter und konkurrierender Hegemonialprojekte formuliert. Von außen auftretende Dislozierungen der hegemonialen Formation – die, nebenbei gesagt, nicht nur von Akkumulationskrisen angestoßen werden müssen, sondern auch Resultat etwa von Krisen des politischen Regimes, von Seuchen oder von hereinbrechenden Umweltkatastrophen sein können – werden dabei *als* Krisen erst durch widerstreitende hegemoniale Artikulationsversuche definiert. Denn ob die Dislozierung einer bestimmten hegemonialen Formation als »Krise« dieser Formation erscheint oder – z.B. als »gerechte Strafe Gottes« – einfach absorbiert werden kann, ist an der bloßen Form von Dislozierung nicht abzulesen.<sup>23</sup> So erscheint es als folgerichtig, dass Regulationstheorie, Postoperaismus und pragmatische Soziologie (die Gouvernamentalitätsstudien haben hierzu ein ungeklärtes Verhältnis) die Betonung auf die Definitionskämpfe legen, die den Übergang vom Fordismus zum Postfordismus angetrieben haben. Wie in unserer Diskussion des neoliberalen Hegemonialprojektes angedeutet, wäre vom hegemonietheoretischen Standpunkt eine Spezifizierung oder zumindest Verdeutlichung der diesbezüglichen Ansätze der Postoperaisten und Boltanskis und Chiapellos angebracht. Denn es ist offensichtlich, dass die Kämpfe, die hegemoniale Gesellschaftsformationen gleichsam über sich selbst hinaustreiben, nicht notwendigerweise emanzipatorischer Natur sind. Die Konzentration in der Analyse auf Arbeiterkämpfe und die Kämpfe von 77 bzw. die Kämpfe der Sozial- und Künstlerkritik könnte einen solchen Fehlschluss, der jedenfalls von der Theorie Boltanskis und Chiapellos nicht gedeckt wäre, nahelegen.

Als irreführend erweist sich vor allem die Vereinnahmungsmetaphorik, mit der das Verhältnis von Protest und hegemonialer Formation beschrieben wird. Am deutlichsten tritt sie in Virnos konzeptueller Gegenüberstellung von »Revolution« und »Konterrevolution« hervor: Der Postfordismus entstand in Italien aus dem Aufruhr der Bewegung von 77, die nach der Ölkrise und den Arbeitsniederlegungen der Fabrikarbeiter einer neuen Klassenzusammensetzung Ausdruck verschaffte. Der Antagonismus der sich in dieser Bewegung ausdrückte, wurde, Virno (1998: 85) zufolge, von der »Konterrevolution« umgekehrt und »in eine Rezeptur beruflicher Qualifikation verwandelt, in eine Zutat der Mehrwertproduktion, in den Sauerteig eines neuen kapitalistischen Akkumulationszyklus.« Die neuen Fähigkeiten und Eigenschaften der Protestierenden wurden sofort kapitalistisch verwertet: »Ihr Nomadentum, ihre Abneigung gegen feste Jobs, ihre Existenz, sogar ihr Hang zu individueller Autonomie und ihre Experimentierfreude wurden in der kapitalistischen Produktionsorganisation zusammengebracht« (96). Diese Form der Reartikulation mit dem Begriff der Kon-

**23** | Man denke nur an die langjährigen Kämpfe, die notwendig waren, um die Immunschwächekrankheit AIDS gegen einen Diskurs der US-amerikanischen religiösen Rechten und einer untätigen Regierung schließlich *als* Krise zu definieren.

terrevolution zu beschreiben, ist irreführend, weil sie einen Dualismus zweier getrennter Terrains nahelegt (wie er auch schon von Lipietz kritisiert wurde), wobei die vom revolutionären Terrain ausgehenden Kämpfe unmittelbar vom konterrevolutionären »System« vereinnahmt werden.<sup>24</sup> In vergleichbarer Weise könnte Boltanski/Chiapellos These kritisiert werden, der Kapitalismus würde Kritik vereinnahmen, ja geradezu benötigen, wäre deren These nicht etwas komplizierter. Denn der Kapitalismus ist von einer grundsätzlichen Ambivalenz, gar Antinomie gezeichnet. Er muss für seinen Fortbestand »Unersättlichkeit sowohl stimulieren als auch bremsen«, weshalb der kapitalistische Geist eine »ständige Spannung zwischen der Stimulierung des Akkumulationsbegehrens und seiner Rückbindung an Normen« (520f.) beinhaltet. Er ist daher in Wertigkeitsordnungen eingebettet, die ihrerseits die kapitalistische Akkumulation und die Entwicklung des Kapitalismus einschränken können. Daraus ergibt sich eine grundsätzliche Ambivalenz des »kapitalistischen Geistes«, die seine eindeutige Zurechnung zur einen oder anderen Seite erschwert: »so liefert der kapitalistische Geist sowohl eine Rechtfertigung des Kapitalismus (im Unterschied zu radikalen Infragestellungen) als auch einen kritischen Bezugspunkt, mit dessen Hilfe die Diskrepanz zwischen den konkreten Akkumulationsformen und den normativen Konzeptionen der Sozialordnung angeprangert werden kann« (65).

Diesem Merkmal der Ambivalenz, das ja von allen diskutierten Ansätzen diagnostiziert wird, lässt sich mit keiner Vereinnahmungs- oder Inkorporationstheorie gerecht werden. Wieder erweist sich die Hegemonietheorie als hilfreich, um jene Responsivität des Kapitalismus gegenüber einer Kritik zu erklären, die mit den kapitalistischen Legitimationsstrukturen das Terrain jedenfalls streckenweise teilt. Zwar bleibt nach wie vor zwischen den Artikulationen, die eine hegemoniale Formation aufbauen oder sie perpetuieren, und gegenhegemonialen Artikulationen, die sie kritisieren oder ihr mit Protest begegnen, analytisch zu unterscheiden, aber diese Unterscheidung wird stark relativiert, sobald man die wechselseitigen Transformationen bedenkt, die in Artikulationsverhältnissen auftreten. Kein Element bleibt mit sich identisch, sobald es mit neuen Elementen reartikuliert wird, weshalb letztlich jedes an eine Dualität erinnernde Modell in die Irre leitet. Ein Konzept Gramscis, das Konzept des *Transformismus*, kann uns dabei behilflich sein, die Ambivalenz des Prekarisierungsphänomens zu erklären. Die vieldiagnostizierte Ambivalenz der Prekarisierungsphänomene könnte genau mit der *transformistischen* Logik von Hegemonie zu tun haben. Es wurde gesagt, dass für Gramsci eine dominante

---

**24** | Immerhin unterstreicht Virno, dass die Vereinnahmung nicht total ist, sondern von fortgesetzten Kämpfen gestört wird: »Doch auch das Gegenteil ist wahr – die alte Geschichte sozialer Konflikte reicht bis in die Gegenwart und repräsentiert die andere Seite der postfordistischen Münze, die rebellische Seite« (Virno 1998: 86).

Klasse und ihre Verbündeten Macht über andere Klassen ausüben, indem sie diese teilweise in die eigene Formation einbinden.<sup>25</sup> Sobald wir mit Gramsci von der Vorstellung ablassen, hegemoniale Verschiebungen würden nach dem Muster des »Bewegungskriegs« vor sich gehen und stattdessen mit Gramsci Zivilgesellschaft als ein unübersichtliches Grabensystem verstehen, dann wird es keiner hegemonialen Anstrengung gelingen, die gesamte Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu bringen. Selbst die Verteidigung und Übernahme weniger institutioneller Schanzen und Gräben, oder wie Gramsci auch sagt: »Festungen und Kasematten« (Gramsci 1991ff.: 873), wird nicht ohne Auswirkungen auf die hegemoniale Formation bleiben. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass hegemoniale Kämpfe ein ausgesprochen langwieriger und letztlich unab-schließbarer Prozess sind, denn »die Veränderungen in den Denkweisen, den Glaubensinhalten, den Meinungen treten nicht durch rasche, simultane und verallgemeinerte »Explosionen« ein, sie treten fast immer durch »sukzessive Kombinationen« nach äußerst disparaten und »qua Autorität« nicht kontrollierbaren »Formeln« ein« (2178). In hegemonialen Auseinandersetzungen kommt es daher selten zu revolutionären Ereignissen (»Explosionen«), sondern Hegemonie ist, so Gramscis relationistischer Ansatz, ein *molekularer* Prozess, der in der sukzessiven Kombination ideologischer Moleküle zu größeren Formationen besteht.

Der Name für den Versuch, gegenhegemoniale Verschiebungen und Brüche wieder dem hegemonialen Block einzuschreiben, lautet bei Gramsci Transformismus, ein Begriff, der von Gramsci aus der historiographischen Debatte um das italienische Risorgimento übernommen wird. Wie auch das analoge Konzept der »passiven Revolution« (nicht jedoch *Konterrevolution!*) verweist er auf bestimmte molekulare Veränderungen, »die in Wirklichkeit die vorhergehende Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern und folglich zur Matrix neuer Veränderungen werden« (1727). So absorbierte, im Fall der unterschiedlichen Versuche der Einigung Italiens, die Moderate Partei unter Cavour nach 1848 immer weitere Elemente ihrer Konkurrenz, der Aktionspartei. Ihr

**25** | Damit eine bestimmte Gruppe oder Klasse ihre Herrschaft sichern kann, reicht es nicht aus, dass diese Klasse Gewalt über die staatlichen Zwangsapparate erringt (Polizei, Militär und das Kerker-Archipel mitsamt des angeschlossenen Justizapparats, deren Opfer Gramsci selbst wurde), sie muss zugleich die »kulturelle Hegemonie«, d.h. die Herrschaft über die Köpfe der Leute gewinnen, deren Alltagsverstand (*senso comune*) prägen und in ihrem eigenen Sinne re-definieren. Sie muss es schaffen, allgemeinen Konsens und freiwillige Zustimmung zu ihrer eigenen Herrschaft zu erzeugen, selbst wenn ihre Herrschaft nicht allein durch diese Zustimmung der Beherrschten gesichert wird, sondern durch den Zwang und die Gewalt der repressiven Staatsapparate »gepanzert« sein muss. Doch allein diese Panzerung reicht nicht aus, die Ebene der Hegemonie – also des Alltagsverstands, der Kultur (im weitesten Sinn) – bleibt unverzichtbar.

Ziel bestand in der »Absorption der aktiven Elemente, die aus den verbündeten Gruppen hervorgegangen sind und auch aus den gegnerischen, die unversöhnlich feindlich schienen« (1947). Die Absorption vor allem der Eliten der gegnerischen Gruppen führte einerseits zu deren Schwächung, andererseits veränderte sie die Zusammensetzung der moderaten Kräfte selbst, was wiederum neuen Veränderungen zur Vorgabe wurde. Überträgt man dieses Konzept auf die aktuellere diskursanalytische Fassung der Hegemonietheorie, auf die wir im folgenden Kapitel zu sprechen kommen werden, dann kann als Transformismus der Versuch einer hegemonialen Formation verstanden werden, gegenhegemoniale Diskurselemente zu integrieren und ihre potentiell disruptiven Effekte auf diese Weise zu neutralisieren. Dennoch lässt sich kein Bruch vollständig verkitten; nichts kann restlos absorbiert werden. Eine gegenhegemoniale Kanonverschiebung, hat sie einmal stattgefunden, schreibt sich in die hegemoniale Formation ein. Denn haben sich die Koordinaten des Feldes einmal verschoben, dann ist diese Verschiebung nicht rückgängig zu machen, sondern kann nur durch eine weitere Verschiebung aufgefangen und eben transformiert werden. Als *diskursiver Raum* muss das Soziale schließlich als ein solch unübersichtliches Grabensystem vorgestellt werden, auf dem Transformationen des hegemonialen Terrains von *vielen* Seiten her angeschoben werden, und das nicht allein von kritischen oder emanzipatorischen Bewegungen.

Bringt man dieses flexible Modell umkämpfter molekularer Veränderungen in Anschlag, dann wird jener innere Zusammenhang zwischen Kontingenz, Konflikt und Kompromiss erklärlich, den wir in der Diskussion der Regulationstheorie bereits angesprochen hatten. Auf Basis meiner Darstellung der diskursanalytischen Hegemonietheorie lässt er sich nun deutlicher formulieren: Jede hegemoniale Formation stellt ein instabiles Kompromissgleichgewicht dar – und zwar nicht etwa zwischen zwei Kräften (wie in der marxistischen Vorstellung von zwei Hauptklassen und ihren jeweiligen Alliierten), sondern zwischen einer Vielzahl von Kräften, die um die Universalisierung ihres je partikularen Hegemonialprojekts ringen. Aus strukturellen Gründen wird es keinem dieser Projekte gelingen, das eigene Projekt in unverwässerter, d.h. *kompromissloser* Form zu einem imaginären Horizont auszudehnen. Denn jede hegemoniale Formation ist Dislozierungen ausgesetzt. Diese können wiederum einer Vielzahl von Quellen entstammen, ihre Konstruktion *als Krisen* stellt jedoch bereits eine diskursive Leistung dar, die nicht von der bloßen Form der Dislozierung präjudiziert wird. Um die Ermittlung der gesellschaftlichen *Bedeutung* einer gegebenen Dislozierungserfahrung tobt ein Definitionskampf zwischen einer Vielzahl von Kräften, welche die im Moment der Dislozierung freigesetzten diskursiven Elemente – und die genaue diskursanalytische Beschreibung dieses Vorgangs wird im folgenden Kapitel nachzuliefern sein – an ihre jeweiligen Diskurse anzugliedern, d.h. zu *transformieren* versuchen. Da keine gesellschaftliche Kraft über absolute Definitionshoheit verfügt, kann dies immer nur gegen

Widerstand, d.h. *im Konflikt* mit anderen Kräften geschehen. Zwar treffen sich die konfligierenden Kräfte nicht auf Augenhöhe, da sich das Terrain der Auseinandersetzung als immer schon hegemonial vorgeformt erweist und verschiedene Hegemonialprojekte unterschiedliche Ausgangslagen und Erfolgchancen vorfinden. Aber der Ausgang hegemonialer Auseinandersetzungen wird durch die bloße Unebenheit des Terrains nicht determiniert. Auch marginale und bescheiden beginnende Hegemonialprojekte – man denke an das Beispiel des frühen Neoliberalismus – können sich bei starker Dislozierung des Terrains und Veränderung des Kräftegleichgewichts zu einem scheinbar unüberschreitbaren Horizont entwickeln. Es muss also von einer prinzipiellen Offenheit hegemonialer Auseinandersetzungen ausgegangen werden, mit anderen Worten: von der *Kontingenz* hegemonialer Formationsprozesse. Vor allem in Momenten größerer Dislozierung wird den Akteuren bewusst, dass der – vormals so stabil scheinende – Status quo *kontingent* ist, d.h. auch anders strukturiert sein könnte.

Damit hätte die allen vier Ansätzen gemeinsame Beobachtung, die Entwicklung der Prekarisierungsgesellschaft sei keinem »Masterplan« geschuldet und habe sich vielmehr als »glückliche Fundsache« erwiesen, ihre hegemonietheoretische Erklärung gefunden. Die vorübergehende Stabilität einer spezifischen Kräftekonstellation resultiert aus einer Unzahl molekularer Verschiebungen, die sich unter dem doppelseitigen Druck von Konflikten und Kompromisszwängen zu einer hegemonialen Formation verdichtet haben. Wenn beispielsweise Boltanski und Chiapello beschreiben, wie potentiell dislozierende Elemente der Künstlerkritik in einem arbeitsrechtliche Errungenschaften umgehenden *trial and error*-Verfahren evolutiv in Management-Strategien transformiert wurden, dann beschreiben sie, wie ein *im Konflikt* gemachter »glücklicher Fund« erst nach und nach in eine »bewusste« Hegemonialstrategie übersetzt wurde.<sup>26</sup> Gibt man darüber hinaus die Vorstellung auf (die von politischen Diskursen mit ihrer Feindrhetorik nahegelegt wird), es seien nur zwei Antagonisten im Spiel, und versteht man das Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzung im Sinne Gramscis als ein mobiles, kreuz und quer von Antagonismen durchzogenes Grabensystem, dann wird man ein noch komplexeres Bild der Prekarisierungsgesellschaft erhalten. Im folgenden Kapitel wollen wir mithilfe einer empirischen Diskursanalyse einen kleinen Ausschnitt aus dem Grabensystem der Prekarisierungsgesellschaft untersuchen. Das wird uns die Möglichkeit geben, die bereits angerissene Theorie und Methodologie der Diskursanalyse detaillierter darzustellen. Darüber hinaus wird beispielhaft an einem empirischen Textkorpus gezeigt werden, dass eine bestimmte Fraktion der Prekarisierungs-

**26** | Hier zeigt sich ein weiters mal, dass der Begriff der »Vereinnahmung« in die Irre leiten würde, legt er doch nahe, es handle sich um eine intentionale, gerissene Strategie der Seite des Kapitals, während es sich in Wahrheit um einen glücklichen Fund handelt, der auch nicht hätte stattfinden können.

---

bewegung die Ambivalenz wie auch die umfassende Natur des Phänomens der Prekarisierung, die von den vier diskutierten sozialwissenschaftlichen Ansätzen einhellig diagnostiziert wird, im Protestdiskurs formuliert.

